

Richtungsdiskussion in der IG Metall

Joachim Beerhorst/Jens-Jean Berger (Hg.), Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?, Hamburg 2003, VSA-Verlag, 172 Seiten, 12,80 €

„Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?“ Diese Problematik beschäftigte das vom VSA-Verlag dokumentierte Gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Forum der IG Metall (IGM) im Juni 2003. Die Frage so gestellt, läßt natürlich reichlich Raum für akademisches Philosophieren wie wissenschaftliches Ausbalancieren: ob diese „Mitte“ dort ist, „wo sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Struktur und von ihren inhaltlichen Auffassungen her wiederfinden“ (Klaus Zwickel, IGM); ob die „Mitte“ nicht einfach „bei den Facharbeitern und Angestellten“ liege (Berthold Huber, IGM); ob „in politischen Wertfragen“ die Mitte „zwischen Herrschaft und Emanzipation, zwischen Kritik und Rechtfertigung, zwischen Gleichheit und Ungleichheit“ stehe (Bodo Zeuner, Universität Berlin); ob eine „moderne Mitte“ nicht „eine Domäne der IG Metall und anderer Gewerkschaften aus der Tradition der qualifizierten Facharbeit“ sei (Michael Vester, Universität Hamburg); schließlich ob die Gewerkschaften sogar „parteipolitisch de facto ‚Mitte‘ produzieren“ (Alfred Schwarzfischer, ver.di).

Solche Aspekte sind in Zeiten einer zugespitzten sozialen Frage für das Hoffen vieler politisch aktiver Beschäftigter auf positive Veränderung eher marginal. Sie befürchten vielmehr, die IG Metall und andere Ge-

werkschaften könnten sich „von Kapitalismuskritik und der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen verabschieden, der neuen Sozialdemokratie in die politische Mitte folgen und an Identität und Schlagkraft verlieren“, wie Joachim Beerhorst von der IGM-Vorstandsverwaltung treffend feststellt. Doch erweist sich seine eigene Befürchtung als unbegründet, die SPD könne einst sicheres politisches Terrain auf dem Weg zur „Mitte“ verlassen, wenn er selbst als „links“ definiert: „mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen, Demokratisierung der Gesellschaft bewirken, den Kapitalismus zurückdrängen und die Herrschaft der Kapitalverwertung begrenzen, dem Warencharakter der Arbeitskraft die Ansprüche des Subjekts entgegen stellen und die Reduzierung der Arbeitenden zu bloßen Objekten überwinden – mit dem Antrieb und der Perspektive der Emanzipation“. Das will die SPD in ihrer Mehrheit seit Jahrzehnten nicht mehr (wirklich), sie hat diesen Rubikon zur „Mitte“ schon lange überschritten.

Das erkannten oder erahnten offenbar auch die Teilnehmer/innen der IG Metall-Konferenz. Deshalb durchzieht die Referate wie die Debatte vor allem die Grundfrage: „Worauf soll die IG Metall orientieren – auf neoliberalen oder Gegenkurs?“ Dazwischen liegt nur scheinbar der „Dritte Weg“ der heute dominierenden sozialdemokratischen Strömung, der sich „in wichtigen Punkten vom neoliberalen Marktradikalismus“ auf der einen und „von den gewerkschaftlichen Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft“ auf der anderen Seite unterscheidet. Die Richtigkeit dieser These von

Hans-Jürgen Urban, Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik beim IGM-Vorstand, kann bezweifelt werden. Wer „den heutigen ‚marktkorrigierenden Interventionsstaat‘ in einen ‚aktivierenden Wettbewerbsstaat‘ zu überführen“ gedenkt, wird früher oder später dort ankommen wo er selbst oder die Marktradikalen hin wollen, da schon die ersten Schritte in diese Richtung wesentliche Grundlagen für eine alternative Entwicklung angreifen. Denn auch der „Dritte Weg“ gefährdet nach Hans-Jürgen Urban den „sozialen Zusammenhalt“ und führt zum „Ausschluß Vieler aus der Gesellschaft“. Das Gegensteuern sei unmöglich, weil die Maßnahmen „die Wirtschaft nicht belasten und die Attraktivität des heimischen Standortes nicht beeinträchtigen“ dürften. Die Beschäftigten müßten sich folglich „das gewünschte Ausmaß an Sozialstaatlichkeit selbst finanzieren“ und sich von allen „Umverteilungssystemen zwischen den Klassen, aber auch innerhalb der Klasse“ verabschieden. Denn der „aktivierende Sozialstaat“ degeneriere Sozialpolitik „zur Wirtschafts(förderungs)politik“.

Die Neue Sozialdemokratie nähert sich also den Zielen und kopiert das Programm Ernst von Borsigs, Präsident der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der im März 1926 als „die beste Sozialpolitik die möglichst weitgehende Förderung der Wirtschaft“ bezeichnete. Angesichts dieser Perspektive empfiehlt Hans-Jürgen Urban als Gegenkonzept eine „neue, solidarische Modernisierung des Sozialstaates“ auf der Basis „einer neuen Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik“.

Einige Eckpunkte des Umsternens: ein „öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm“; der „Verzicht auf Kürzung von Sozialeinkommen (Renten, Arbeitslosengeld und -hilfe usw.), um die ‚konjunkturellen Stabilisatoren‘ wirken zu lassen“; eine „ökonomisch wachstumsfördernde und sozial gerechte Reform des Steuersystems“. Bedauerlicherweise fällt ihm nicht ein, daß finanzielle Ressourcen ebenso durch ein gehöriges Beschneiden des staatlichen Rüstungs- und Repressionshaushalts erschlossen werden könnten. Dieses Defizit ist bei Hans-Jürgen Urban sicher nicht Ausdruck jenes „Strukturkonservatismus“, den Klaus Lang (IGM) hinter jeder Verteidigung von Sozialstaatlichkeit zu vermuten scheint. Richtig und wichtig ist das klare Bekenntnis: Ohne die Beteiligung der Gewerkschaften im Rahmen „strategischer Allianzen“ mit „anderen gesellschaftlichen und politischen Akteuren“ und „eigenen, überzeugenden Alternativkonzepten“ am „Kampf für andere gesellschaftliche Mehrheiten“ bleibt der neue Kurs gutgemeinte Utopie.

Gegenüber dieser von Hans-Jürgen Urban dezidiert vorgetragenen Reformalternative als „Veränderung in Richtung auf mehr Partizipation, Demokratie, Gerechtigkeit“ (Bodo Zeuner) verblassen die eher hilflos wirkenden Einsprengsel des Korreferenten Klaus Lang vom Bereich Erster Vorsitzender der IG Metall. Er bejammert, seine Gewerkschaft befinde sich „in der Sozialstaatsdebatte zur Zeit im kommunikativen Bermuda-dreieck“ und erwecke den „Eindruck, gegen alle politischen und gesellschaftlichen Initiativen und Maß-

nahmen zu sein“. Doch wer sollte seine Botschaft (er)hören, wenn sie nichts Neues enthält, sondern wie alle Dutzendneoliberalen zwar zu Recht fragt, ob die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme „nicht effizienter, d.h. in einer besseren Aufwand-Ergebnis-Relation, und effektiver, d.h. wirkungsvoller im Sinne der Zielerreichung erbracht werden“ könnten. Gleichzeitig konstatiert Lang, gegen „eine zusätzliche Belastung der Unternehmen“ spreche der „verschärfte Wettbewerbsdruck“, und eine „stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ ließe sich „nur durch eine andere Verteilung innerhalb der Klasse“ realisieren. Solche Ziele sind besser und schneller ohne Gewerkschaften zu erreichen. Oder mit einer IG Metall, die wie Klaus Lang „eine Gewerkschaft der einflußreichen Gestalter, die die Entwicklung dieser Gesellschaft bestimmen“, sein will. Momentan sitzen die einflußreichsten Gestalter von und Antreiber zu reaktionären Veränderungen in den Chefetagen der Konzerne, in der rechten parlamentarischen Opposition und, nicht zu vergessen, in der Bundesregierung, aber keinesfalls in den Gewerkschaften.

Eigentlich hätten alle Referate und Diskussionsbeiträge der IG Metall-Tagung in Beziehung zu den von Hans-Jürgen Urban und Klaus Lang vertretenen gegensätzlichen Konzepten gewerkschaftlicher Strategie gerückt werden müssen. Nur unter diesem Blickwinkel läßt sich letztlich beurteilen, in welche dieser Richtungen die konkreten sozial-, wirtschafts-, tarif- und betriebspolitischen Aktivitäten einer Gewerk-

schaft führen. So gesehen, schürfen die im Detail und in manchen Konklusionen interessanten und diskutablen Beiträge von Bodo Zeuner über „linke“ und „moderne“ Politik, Michael Vester und Berthold Huber über die Differenzierung der Beschäftigten sowie der IGM-Tarifexperten Helga Schwitzer und Jörg Hofmann über die Ausgestaltung von Flächentarifverträgen nicht tief genug, um der alten gewerkschaftlichen Aufforderung „Sag mir, wo du stehst – und welchen Weg du gehst“ hinreichend nachzukommen.

Horst Gobrecht

Globalisierungskritik und Friedensbewegung

Attac-Reader, Kritik der Globalisierungskrieger – Texte zur Chronik eines angekündigten Krieges. Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland. Koordination: Birgit Mahnkopf, Frankfurt/Main 2003. 50 S., € 5

Als das „Produkt eines spontanen Entschlusses“ (3) bezeichnet Birgit Mahnkopf in ihrem Vorwort den Attac-Reader: „Kritik der Globalisierungskrieger – Texte zur Chronik eines angekündigten Krieges.“ Gefällt worden sei der Beschluss „auf einer Sitzung des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland, unmittelbar im Anschluss an die große Friedensdemonstration des 15. Februar 2003 in Berlin.“ (3) Von der anfänglichen Idee, eine gemeinsame Stellungnahme gegen den Krieg zu formulieren habe der Beirat schnell Abstand genommen, da – gerade unter dem enormen Zeitdruck der ta-

gespolitischen Ereignisse – die Gefahr unzulässiger Verkürzung bestanden habe. Dass der Beirat sich entschied, stattdessen ein erstes Arbeitspapier als „Ergebnis eines ‚work in progress‘“ vorzulegen ist ein Glücksfall. Aktivisten und interessierten Lesern wird mit dem Reader eine Sammlung von Analysen und Thesenpapieren an die Hand gegeben, die sich auch jetzt – nach dem offiziellen Ende des Krieges – als Diskussionsgrundlage eignet, zumal die einzelnen Beiträge weit über den engen Horizont einer bloß tagespolitischen Aktualität hinausweisen.

„Mit Apache und F16 zurück ins Mittelalter“ überschreibt Mahnkopf ihren einleitenden Beitrag über die „Zerstörung der modernen Weltordnung durch die US-amerikanische Kriegspolitik“. Der Krieg gegen den Irak sei „ein Meilenstein in der neo-imperialen Strategie der letzten verbliebenen Weltmacht. [...] In der Golfregion wird in diesen Tagen entschieden, ob die ‚neue Weltordnung‘, die George Bush sen. nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks verkündet hatte, auf zivile oder militärische Macht gegründet werden soll.“ (4)

Da die gegenwärtige US-Strategie nicht in der Lage sei, die globale Unsicherheit zu minimieren, setzt Mahnkopf auf eine europäische Politik, die „sich von den USA nicht in eine Aufrüstungsspirale treiben lässt, die dem Kampf gegen die Armut die finanziellen Mittel entziehen würde.“ (6) In diesem Sinne fordert sie einen „aufgeklärten Anti-Amerikanismus“ (6). Der Reader ist in drei Teile gegliedert: „Zur militärischen Durchsetzung einer unilateralen Weltordnung“,

„Zur politischen Ökonomie eines Krieges gegen den Irak“, „Über Opfer und Akteure der neuen Kriege“.

Im ersten Teil untersucht Amelie Buntenbach das Verhältnis von „Globalisierung und neue[n] Kriegen“ (S. 7): „Die Leitmacht der westlichen Welt, seit dem Fall des Eisernen Vorhangs die Leitmacht der gesamten Welt, entscheidet weitgehend allein darüber, wie sie Interessen am besten realisieren kann. [...] Die jeweilige Interessenlage der USA ist auch offenkundig ausschlaggebend für ihr Verhalten in den verschiedenen internationalen Institutionen wie z.B. in der WTO.“ (7) Ausgehend von dieser These analysiert Buntenbach eine Entwicklung, die sie als die „Renaissance des Militärischen als Mittel der Politik“ bezeichnet. Nur grundlegende Reformen könnten einen Weg aus einer Machtasymmetrie weisen, die sich schon darin zeige, dass kein Entwicklungsland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen habe: „Es geht gerade auf längere Sicht nicht darum, dass die Bundesrepublik z.B. mit einem Sitz im UN-Sicherheitsrat mehr Einfluss gewinnt in diesem fatalen Koordinatensystem, sondern es geht darum, dieses Koordinatensystem in Frage zu stellen und dazu beizutragen, dass die Welt in Zukunft ziviler und demokratischer wird.“ (9) In ähnlicher Weise argumentiert auch Mohssen Massarat, der die „drei Ebenen neoliberaler Globalisierung“ (11) in Marktliberalismus, Machtasymmetrie und Hegemonialpolitik sieht (11 ff.) Das Erdöl fungiere als „geostrategischer Hebel“ (14) zur Sicherung der US-Hegemonie. Etwaige Widersprüche zwischen der Freihand-

delsrhetorik und einer politischen Praxis, die den freien Handel mit Energieressourcen bewusst einschränke, seien dabei durchaus charakteristisch für die US-dominierte Globalisierung. Die Vereinigten Staaten verfolgten mit ihrer Politik im Irak eine Doppelstrategie: zum einen könne der US-Markt so billig mit Rohöl versorgt werden, zum anderen gelinge es, potentielle Konkurrenten wie China, Russland, Japan und die Europäische Union durch die eigene Monopolstellung in einer der wichtigsten Erdölregionen der Welt in Abhängigkeit zu halten. (17) Während Massarat Hegemonie als einfache Vorherrschaft fasst, untersucht Wolfgang Fritz Haug im Anschluss an Gramsci gerade den Hegemonieverlust der USA darzustellen. Von „Herrschaft ohne Hegemonie“ sei die gegenwärtige Weltsituation geprägt. Gegen die unilaterale Doktrin einer bloßen US-Dominanz setze Europa ein eigenständiges imperiales Projekt, dass zwar nicht eine eigene Führungsrolle proklamiere, aber die USA wieder als konsensual in multilateralen Bündnissen agierende Führungs- (sprich: Hegemonial)macht sehen möchte.

Den zweiten Teil leitet Christoph Scherrer mit einer wirtschaftshistorischen Analyse des „öiligen Dreiecksverhältnisses“ zwischen den USA, Westeuropa und dem persischen Golf ein. Der persische Golf habe seit dem Erodieren der Pax Britannica eine wichtige Rolle in der Konstituierung globaler Hegemonie gespielt. Gerade für die Interessenunterschiede zwischen den USA und Westeuropa sei das Öl dieser Region von zentraler Bedeutung gewesen:

„[D]ie US-amerikanische Hegemonie [hatte], auch gegenüber den europäischen Verbündeten einen Pfeiler in der Ressourcenpolitik.“ (23) Elmar Altvater vertritt die These, die USA seien an einem Steigen des Ölpreises interessiert: *Erstens* „um die Ausbeutung nicht-konventioneller Ölreserven, vom Ölsand und Ölschiefer bis zum Öl aus der Tiefsee und zu Gaskondensaten rentabel zu gestalten. [...] Ein hoher Ölpreis könnte *zweitens* auch Voraussetzung für die Rentabilität jener Fördergebiete sein, die hohe Transportkosten aufweisen.“ (28) Damit könnten *erstens* bislang unrentable Förderungsmöglichkeiten genutzt werden und *zweitens* – so lange der Ölpreis in Dollar und nicht in Euro abgerechnet werde – würde eine solche Steigerung potentielle Konkurrenten wie China und Japan treffen, nicht aber die USA: „Dollar können in der gewünschten Menge ‚gedruckt‘ werden, um das Öl zu importieren.“ (28) Dieser These wird in einer anschließenden Replik von Massarat scharf widersprochen. Nicht allein die Gefahr drohender Inflation bei einem derartigen Verfahren spreche dagegen. Letztlich wären es die OPEC-Staaten allein, die von einer Erhöhung des Ölpreises profitieren würden. (29) Für Rudolf Hickel ist der Irak-Krieg ein irrationales Abenteuer, das schon einem einfachen ökonomischen Kosten/Nutzen-Kalkül widerspricht. In seiner Argumentation stützt er sich auf eine Studie von William D. Nordhaus, der im Fall eines kurzen Krieges (bad case) 99 Mrd. Dollar, im Fall eines langen Krieges (worst case) 1924 Mrd. Dollar Verlust errechnet hat: „Die Unter-

suchung widerlegt [...] die heutigen Kriegstreiber, die wohl auch den ökonomischen Verstand verloren haben.“ (31)

Im dritten Teil macht H. J. Krysmanski in den US-amerikanischen Machteliten und transnationalen „Superrichs“ Hauptakteure der neuen Kriege aus: „Gerade an der Bush-Administration lässt sich zeigen, wie so ein kriegselitäres ‚Mikro-Netzwerk‘ [...] aussieht: Mit CEOs [Chief Executors Officers DS], Exmitgliedern des ‚politischen Direktorats‘ der USA, käuflichen Mitgliedern der politischen Klasse wie John Major, saudi-arabischen Potentaten, und sicher auch dem einen oder anderen weiteren Milliardär im Hintergrund. [...] Drumherum tummeln sich Figuren wie Berlusconi“. (47) In ihnen sieht Krysmanski altrömisch (42) anmutende Repräsentanten eines „uneingeschränkten, hochkonzentrierten Privateigentums“ (42). Mit Hardt und Negri sieht er sie als Produkte eines Empires, das eine neue (globale) Souveränität etabliert. (42)

Man muss nicht jeder These des Readers zustimmen. Insgesamt aber lohnt die Lektüre, gerade weil die hier versammelten theoretischen Ansätze und Detailbewertungen sich unterscheiden. Einen „Ausgangs- und Bezugspunkt für weitere, gründlicher recherchierte Analysen“ verspricht Birgit Mahnkopf im Vorwort. Dieses Versprechen wird eingelöst. Der Reader ist ein Arbeitspapier, dass spannende künftige Ausarbeitungen und Diskussionen erwarten lässt.

David Salomon

Steuern verständlich

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.v. (isw), Grafikdienst Nr. 9: Steuern. Lust der Konzerne und Reichen – Last der Arbeitnehmer und Verbraucher – Leid der Städte und Gemeinden, 35 Seiten DIN A4, München 2003, 5 € plus 1,50 € Versandpauschale.

Es ist eine erfreuliche Arbeit, den vom Münchener isw erarbeiteten Grafikdienst Nr. 9 zum sperrigen Thema „Steuern“ vorzustellen. Die erweiterte Überschrift zeigt die Dimension des bearbeiteten Gegenstandes.

Die mit Bildern und Grafiken unterlegten Texte stellen eine unbequeme Anregung dar, sich aus der Sicht der Nichtbegünstigten mit dem schwer zugänglichen bundesrepublikanischen Steuerrecht zu beschäftigen. Wer sich mit den Schaubildern und Texten auseinandersetzt, eignet sich die Kompetenz an, die eigenen Interessen klüger und wissender in der klassengegliederten Gesellschaft zu vertreten.

Die in der nächsten Zeit aktuell bleibenden steuerlichen Themen (Vorziehen der Steuer-„Reform“, Gemeinde- und Staatsfinanzierung, in Gesetzesform gegossene Ungerechtigkeiten) werden umfassend und konsequent parteilich dargestellt. Auf insgesamt 31 Seiten bearbeiten die Autoren pro Seite einen inhaltlichen Schwerpunkt. Damit wird die gesamte Bandbreite der aktuellen Steuerdiskussionen gut sortiert abgebildet. Zahlen und Texte werden durch ansprechende Bilder und Karikaturen verständlicher. Diese Visualisierung erleichtert den Zugang zum ansonsten schwer zugänglichen

Steuerrecht bedeutend. In einer „Vorbemerkung“ wird der Grafikiendienst für die Schulungs- und Bildungsarbeit empfohlen, da aus den Vorlagen z.B. Folien für einen lichtbildgestützten Vortrag gefertigt werden können. Die Vorlagen eignen sich aber auch für die Gestaltung von Flugblättern und Kleinzeitungen.

Das beigegefügte Glossar erläutert steuerliche Begriffe (Bsp. „Organ-schaft“) in einer auch für steuerliche Laien prägnanten Form. Wenn sich möglichst viele Menschen auf der politischen Linken in die Steuerdiskussion einschalten sollen, dann ist auch das Verständnis solcher Begriffe notwendig, um politischen Fortschritt zu ermöglichen. Das isw ist auf der Linken fast die einzige Institution, die steuerliche Themen „beackert“. So wird auch eine Broschüre (isw-report Nr. 55) zu Auswertung des isw-forums „Staat – Steuern – Daseinsvorsorge“ angekündigt.

Im „Anhang“ wird neben dem schon erwähnten Glossar auch das „Steuer-aufkommen“ der BRD im Mehrjahrsvergleich von 1970 bis incl. 2002 nach Steuerarten differenziert dargestellt, ebenso die „Kommunal-Finzen“, optisch nach Einnahmen- und Ausgabenseite aufbereitet. Auch die Eichel'sche „Jahrhundert-Reform“ wird mit Erläuterungen zum (bald) geltenden erheblich abgesenkten Spitzensteuersatz näher gebracht. Dabei stützt sich der Grafik-Dienst auf offizielle Quellen (Bundesbank, Bundesfinanzministerium, Städtetag).

In einer erweiterten Veröffentlichung wünsche ich mir, dass z.B. das „Leistungsfähigkeitsprinzip“ bzw. die „Besteuerung entsprechend der wirt-

schaftlichen Leistungsfähigkeit“ grafisch und textlich aus ihrem historischen Kontext heraus bearbeitet wird. Das „Leistungsprinzip“ (wirtschaftlich Starke haben in einem größeren Umfang zur Staatsfinanzierung beizutragen) hat sich im Zuge der Französischen Revolution als tragendes Prinzip herausgebildet und ist über die Artikel 3 und 20 unseres Grundgesetzes (GG) vom Anspruch her prägender Teil auch des bundesrepublikanischen Steuerrechts. Dieses Verfassungsprinzip hat politische Praxis zu werden. Die Umsetzung in gesellschaftliche Wirklichkeit muss kämpferisch bewirkt werden. Sollten die vom isw vorgelegten „Sieben Vorschläge zur stärkeren Besteuerung der Groß-Vermögen und Konzern-Profiten“ Eingang in die Steuergesetze finden, können viele sozialpolitisch sinnvolle Maßnahmen finanziert werden. Dann wären wir dem Ziel einer „freundlichen Gesellschaft“ ein großes Stück näher gekommen. In der Broschüre ist das Sofortprogramm der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di „Zukunftsinvestitionen, Staatsfinanzen stärken, Rücknahme des Sozialabbaus“ enthalten. Ver.di fordert nach wie vor die Wiedererhebung der Vermögenssteuer.

Der Rezensent empfiehlt den Käufern dieser Arbeit, den Zahlungsaufwand von insgesamt 6,50 € entweder als Werbungskosten (im Rahmen der Lohneinkünfte) oder alternativ als Sonderausgaben in der Steuererklärung als Steuerberatungskosten (Steuerefachliteratur) geltend zu machen.

Bezug: isw, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel.: 089/130041, Fax: 089/1689415, e-mail: isw_münchen@tonline.de

Thomas Ewald-Wehner

Die symbolische Kraft der Begriffe – New Economy und Cyberwelt

Johanna Klages/Siegfried Timpf (Hrsg.), Facetten der Cyberwelt. Subjektivität, Eliten, Netzwerke, Arbeit, Ökonomie. VSA-Verlag, Hamburg 2002, 206 S., 17,80 €

Es ist etwas stiller geworden um den Neuen Markt. Nach den Jahren der Hausse, als alle Welt von Aktiengewinnen und exorbitantem Branchenwachstum redete oder träumte, bedeuteten die Kurseinstürze der vergangenen Jahre eine herbe Zäsur. Die Anleger erlebten eine Bauchlandung nach der anderen und viele Zeitgenossen prophezeiten den dauerhaften Niedergang des Phänomens New Economy.

Indes, es gibt besonnene Stimmen, die trotz der aktuellen Flaute kein Ende des Neuen Marktes, sondern dessen baldige Stabilisierung erwarten. Grund genug, um die Phänomene New Economy und Cyberwelt, einschließlich des von ihnen ausgelöst und über sie geführten Diskurses, kritisch zu beleuchten. In dem von Johanna Klages und Siegfried Timpf herausgegebenen Sammelband „Facetten der Cyberwelt“, unternehmen dies in acht Beiträgen neben der HerausgeberIn fünf weitere AutorInnen (Manfred Moldaschl, Joachim Bischoff, Herbert Schui, Thomas Mielke, Irmtraud Voglmayr). Der Analyse geht die These voraus, dass Cyberwelt und New Economy für eine spezifische Symbolik stehen, hinter der sich ökonomische Strategien verbergen, die im gesellschaftlichen Diskurs meinungsführend wurden. Theoretisch orientieren sich die Au-

torInnen vor allem an der Feldhypothese Pierre Bourdieus. Er unterscheidet die für den gesellschaftlichen Status jedes Individuums bestimmenden Felder Soziales, Wissen, Kultur und Ökonomie (Geldvermögen). Sie stellen jeweils Kapitalien zur Verfügung, jedoch haben die Menschen, in Abhängigkeit von ihrer sozialen Herkunft, nicht gleichermaßen Zugriff auf sie. Ein hoher gesellschaftlicher Status, von Bourdieu auch „symbolisches Kapital“ genannt, verleiht seinen TrägerInnen die Autorität von Meinungsbildnern. Deshalb können z.B. Bundeskanzler, Notenbankchefs oder Wirtschaftsweisen in der Debatte um wirtschaftspolitische Fragen dominieren.

Davon ausgehend schildert Johanna Klages die ideologischen, wissenschaftstheoretischen und ökonomischen Voraussetzungen für das Entstehen des Diskurses ‚New Economy‘. Als in den frühen 1970er Jahren in Westeuropa und Nordamerika die wirtschaftlichen Zuwächse kleiner wurden und die Verteilungsspielräume geringer, geriet der Keynesianismus in die Rechtfertigungskrise. Neoklassische Wirtschaftsideologien, einschließlich ihrer Protagonisten, favorisierten liberalisierte Märkte, Steuererleichterungen für Unternehmen und die Kürzung staatlicher Ausgaben. Als Markstein dieser Entwicklung nennt Klages den großen Streik der britischen Bergarbeiter, der an der Härte der Thatcher-Regierung zerbrach. Diese Niederlage der britischen Arbeiterbewegung beschleunigte das neoklassische, resp. neoliberale Wirtschaftsmodell. Seither gilt im herrschenden Diskurs Neoklassik als neu und zukunfts offen, Keynesi-

anismus als alt und rückwärtsgewandt. Begriffe trennen oder grenzen aus, so Klages. Das Trennende geschieht in diesem Fall über die Gegensatzpaare neu/alt und zukunfts- /rückwärtsgewandt. Wie die Kolonisierung von Begriffen mittels Symbolik gelingt, zeigt die aktuelle Debatte zur Agenda 2010, in der Sozialabbau als Reform präsentiert werden darf.

Manfred Moldaschl, der provokativ die New Economy als eine Vision von einer immaterialisierten Ökonomie bezeichnet, nimmt Klages' Diskurs auf. Wenn z. B. Unternehmen sich als autopoietische Gebilde bezeichnen, selbstorganisierend wie Organismen und Ökosysteme, dann sollen positiv konnotierte Begrifflichkeiten die New Economy als dynamisch und flexibel positionieren. Unter dem Dach von New Economy konnten aber auch so illustre Begriffe wie Selbstangestellte, Arbeitskraftunternehmer, Ein-Mann-Unternehmen oder die Ich-AG (als vorläufiger Höhepunkt) Platz finden. Wirken diese Wortschöpfungen auch karikaturistisch, so suggerieren sie dennoch, dass die klassische Trennung zwischen Kapital und Arbeit überwunden werden konnte. Moldaschl spricht an dieser Stelle von der Subjektivierung der Arbeit, indem er unterstellt, dass die ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit, ihren Arbeitsrhythmus und damit ihre Entlohnung selbst bestimmen. Der Autor begreift das als Zugewinn an Subjektivität, im Gegensatz zu der von Marx formulierten Subsumtion des Arbeiters unter die Interessen des Kapitals, in der Subjekt und Subjektivität entleert werden. Doch, so Moldaschl, wenn-

gleich die Neuerungen für die arbeitenden Menschen einen Autonomiegewinn enthalten, bleibt doch die Fremdbestimmung über den Sinn der Arbeit. Auch bedeutet die mit der erweiterten Autonomie einhergehende Flexibilisierung, dass die Menschen Sicherheiten, Verlässlichkeiten und soziale Bezüge verlieren.

Ob die ArbeitnehmerInnen in der New Economy tatsächlich ein Mehr an Subjektivität erfahren, stellt Joachim Bischoff in Frage. Zwar erkennt er an, dass ein selbstbestimmteres Arbeiten ermöglicht wurde, dennoch bleiben asymmetrische, vom Kapitalbesitzer dominierte Arbeitsbeziehungen bestehen. Hingegen treffen sich bei der Workholder-Value die Interessen, weil Erfolg auf den Aktienmärkten für beide Seiten ein höheres Einkommen, bzw. eine höhere Rendite verspricht. Bischoff gibt jedoch auch zu bedenken, dass mit der Fixierung der Unternehmenspolitiken auf Shareholder- und Workholder-Value der Unternehmenswert (z. B. Personal, Immobilien) zugunsten des Aktienwertes und kurzfristiger Gewinninteressen verschleudert wird. Langfristig trägt diese Strategie das Risiko sich verschärfender Rezessionen in sich. Die Workholder-Value, so Bischoff resümierend, kann kein Ersatz für das Ziel einer wirklich emanzipierten Arbeit sein.

Bischoffs Analyse bewegt sich in der Marx'schen Unterscheidung zwischen Produktionsweise (wie und was wird produziert) und Produktionsverhältnissen (unter welchen Herrschaftsbedingungen wird produziert). Geht aber bei der von Thomas Mielke so genannten Netzwerkgesellschaft eine Transformation vom industriellen

zum informationellen Kapitalismus aus? Und steht diese Netzwerkgesellschaft tatsächlich für den Versuch, die Transformation unablässig zu kontrollieren? Phänomene wie die Deregulierung der Volkswirtschaften und die Liberalisierung des Außenhandels (allerdings nur zugunsten der reichen Länder) können diese These untermauern. Spannend ist aber auch die Frage, was die Netzwerkgesellschaft ausklammert, bzw. nicht integrieren kann. Mielke nennt beispielhaft das Wissen der Landbevölkerungen über die Nutzung der biologischen Vielfalt, das mit dem Netzwerk unvereinbar ist. Das ist richtig, wenngleich die biologische Vielfalt massive ökonomische Begehrlichkeiten weckt. Doch Wissen, das auf Überlieferung, Beobachtung, Erfahrung und Intuition beruht, wird nicht einfach zur bequemen, per Internet abrufbaren Information. Verschwinden Produktionsweisen oder gar Gesellschaften, so verschwindet auch das von ihnen kommende und zu ihnen gehörende Wissen. Ein Ausrufezeichen sei an dieser Stelle auch deshalb angezeigt, weil das Beispiel verdeutlicht, dass die Gleichung Information = Wissen zu kurz greift. Wissen kann nicht wie eine Information einfach übermittelt werden, es muss erworben, erlernt und erfahren werden um es wieder als Wissen weitergeben zu können.

New Economy und die Geschlechterfrage. Kann das Neue die Bemühungen der Frauen um Emanzipation und Teilhabe forcieren oder verlaufen die Rollenmuster auch weiterhin in alten Bahnen? Irmtraud Voglmayer beleuchtet die unterschiedlichen Potenziale, die mit New Economy

einhergehen. Ob allerdings der Optimismus, der von Voglmayer mehrfach zitierten Sadie Plant geteilt werden kann, erscheint fraglich. Plant versteht die Besetzung des Cyberspace als Teil weiblicher Emanzipation. Demzufolge ist der lineare Stil der Männlichkeit nicht kompatibel mit den fließenden, nicht hierarchischen Strukturen des Netzes. „Seit der industriellen Revolution und mit jeder nachfolgenden Phase des technologischen Wandels wurde die Arbeiterschaft umso weiblicher, je raffinierter die Maschinen wurden.“ (Plant 1998: 47) Wird da nicht Ursache und Wirkung verwechselt? Entstand die zunehmende Raffinesse der Maschinen, obgleich zeitgleich mit der Frauenemanzipation, als ein Kausalzusammenhang? Mindestens Zweifel seien da erlaubt. Ebenso bei Sätzen, die lauten: „Aufgrund ihrer ‚multifunktionalen‘ Disposition sind Frauen den Anforderungen des Internets besser gewachsen und scheinen ‚kulturell und psychologisch besser vorbereitet‘ auf die neuen ökonomischen Bedingungen, in denen Selbstständigkeit, die Bereitschaft zur Zeitarbeit, Vielseitigkeit, Flexibilität und maximale Anpassungsfähigkeit für das Überleben entscheidend geworden ist.“ (Ebd., 44, zit. nach Voglmayer) Verbirgt sich hinter diesen Sätzen nicht eine willfährige Anpassung an die Zwänge des ‚flexiblen Menschen‘ und eine unkritische Hinnahme begrifflicher Symbolik?

Siegfried Timpf analysiert den Einfluss von New Economy auf Zeit und Zeitlichkeit. Die alltägliche Zeiterfahrung beruht auf dem Wechsel des Aktuellen zum Inaktuellen, vom Gegenwärtigen zum Vergangenen. New

Economy und Computertechnologie verändern jedoch diese Zeiterfahrung. Das Vermögen, zu jeder Zeit an fast jedem Ort der Welt zu sein, schafft einen Raum der Nicht-Orte, Distanzen, Geschwindigkeiten und der Kurzlebigkeit. So erleben die von Timpf so genannten ‚Cyber-Agenten‘ die Zeit als rasch verstreichend, sie sind immer in Eile, ihre knappe Zeit besitzt einen hohen ökonomischen und symbolischen Wert. Eine völlig andere Zeiterfahrung machen hingegen Arbeitslose. Ihre reichliche Zeit besitzt keinen ökonomischen Wert, stattdessen gerät sie mehr und mehr zur Unzeit, zur entleerten Zeit.

Der Diskurs über unterschiedliche Zeiterfahrungen öffnet den Blick für eine reflektierende Definition dessen, was Realität ausmacht. Gemeinhin wird Realität als objektiv und quasi natürlich verstanden. Bei ihr handelt es sich jedoch um ein System von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungskategorien, die in unseren Habitus inkorporiert sind. Dies täuscht eine vermeintliche Übereinstimmung zwischen objektiven und kognitiven Strukturen vor. Was aus diesen Überlegungen für die herrschende Sichtweise ökonomischer und gesellschaftlicher Herrschaftsbeziehungen gefolgert werden kann, beleuchtet Johanna Klages in ihrem zweiten Beitrag. So konnte die Symbolik der New Economy am ‚Ort des gesunden Menschenverstandes‘ einen dominierenden Platz erhalten. Dies gelang, weil ihre Protagonisten über ein hohes ökonomisches und symbolisches Kapital verfügen. Über die performative Kraft der Sprache erlangen Begriffe ihre gesellschaftliche Evidenz. Die Sprache der New Economy hat

die Köpfe der Menschen kolonisiert und ihren Habitus verändert.

Aus dieser Analyse heraus kann aber auch die Einsicht erwachsen, dass kritisches Infragestellen von symbolischem Kapital die Perspektive eröffnet, die Kolonisierung zu brechen. Wirklichkeit wird von den handelnden Subjekten konstruiert und konstituiert. Menschen gestalten ihre Wirklichkeit. Darin liegt auch die Chance, New Economy im Sinne von Partizipation und Deliberation zu gestalten. Das heißt, offensiv den Diskurs darüber zu führen, wie aus erlebter und erlittener Entmündigung, Passivität und kapitalistischer Ausbeutung eine Transformation hin zu Autonomie, emanzipierter Arbeit, Teilhabe und Gerechtigkeit gelingen kann.

Andreas Klotz

Werttheoretische Grundlagenreflexion

Dieter Wolf, Der dialektische Widerspruch im Kapital. Ein Beitrag zur Marxschen Werttheorie, VSA-Verlag, Hamburg 2002, 474 S., 24,80 €

Dieter Wolf liefert mit dieser Neuaufgabe seines Buches „Ware und Geld“ eine systematische Interpretation der ersten drei Kapitel des ‚Kapital‘ unter der leitenden Fragestellung einer Klärung der Bedeutung des dialektischen Widerspruchs im Rahmen der Marxschen Darstellungsweise.

Marx' Erkenntnisobjekt ist, im radikalen Bruch mit der politischen Ökonomie, eine spezifisch ökonomisch-soziale Gegenständlichkeit, die im Paradigma einer Formtheorie der Arbeit analysiert wird. Marx unterscheidet darin zwischen dem generellen

Vergesellschaftungszwang arbeitsteiliger Produktion und einer bestimmten Form der Vergesellschaftung konkret-nützlicher Arbeiten unter Bedingungen isolierter Privatproduktion. Im ersten Teil seiner Arbeit versucht Wolf nun diesen Formaspekt zu explizieren, indem er neben der konkret-nützlichen Arbeit als „ewig gültige(m) Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur“ (82) drei Bedeutungsebenen des Begriffs ‚abstrakte Arbeit‘ unterscheidet.

Zunächst wird der Begriff im Sinne einer Nominalabstraktion verwendet: Mittels einer vom „Betrachter vorgenommenen Abstraktion“ (55) wird von der Besonderheit spezifischer Arbeiten abgesehen und diese auf ihre gemeinsame Eigenschaft, „Verausgabungen menschlicher Arbeitskraft schlechthin“ (ebd.) zu sein, reduziert. Diese ideelle Fixierung abstrakt-menschlicher Arbeit gegenüber konkreten Tätigkeitsformen muss allerdings scharf von der reellen Verselbständigung ersterer gegenüber letzteren geschieden werden (vgl. 94). In einem weiteren Schritt konstatiert Wolf nun gegenüber der bloß gedanklichen Abstraktion eine sozialformationsunspezifische reale gesellschaftliche Funktion abstrakter Arbeit: Demnach ist es der Vorgang der proportionalen Verteilung der Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionszweige per se, in dem die jeweils bestimmten Arbeiten als abstrakt-menschliche aufeinander bezogen werden: „Die Arbeiten werden qualitativ als Glieder der Gesamtarbeit gleichgesetzt, weil die wechselseitige Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nicht auskommen kann, ohne die einzelnen Arbeiten als quantitativ bestimmte Teile der Gesamtar-

beit zu setzen. Bei dieser an der Zeit gemessenen Dauer ihrer Verausgabung zählen die einzelnen, voneinander verschiedenen nützlichen Arbeiten nur als Daseinsweisen der ihnen gemeinsamen, abstrakt-menschlichen Arbeit.“ (58; vgl. auch 69).

Über die spezifisch-gesellschaftliche Form der Arbeit ist damit allerdings noch nichts ausgesagt (57): In nicht-kapitalistischen Produktionsweisen besteht, aufgrund der Vorgegebenheit des sozialen Zusammenhangs vor den Tätigkeiten der Akteure, eine Identität von Naturalform und gesellschaftlicher Form der Arbeiten, Quantität und Qualität gesellschaftlicher Gesamtarbeit werden bewusst (Kommunismus) oder „im Wesentlichen unbewusst“ (64) nach normativen Kriterien eingeteilt – die einzelnen Arbeiten sind a priori als gesellschaftliche bestimmt. Erst wenn der soziale Zusammenhang der Produzenten über das gesellschaftliche Verhältnis der Arbeitsprodukte, den Tausch, indirekt vermittelt ist, wird abstrakte Arbeit zur spezifisch gesellschaftlichen Form der konkreten Arbeiten und verselbständigt sich diesen gegenüber real im Wert.

Während die Unterscheidung in Nominal- und Realabstraktion als weitgehend unstrittig gelten darf, sind gegen Wolfs Behauptung einer sozialen Funktion abstrakter Arbeit in vorkapitalistischen Gemeinwesen vor allem seitens Helmut Brentel (1989) und Michael Heinrich (1991/99) grundlegende Einwände erhoben worden (die in dieser leider unveränderten Neuauflage von 1985 keine Berücksichtigung finden). Eine bloße Verteilung der Gesamtarbeit impliziert noch keine Gleichsetzung der

konkreten Arbeiten. Wolf reifiziere zudem den als bloßen Explikationsmodus der Werttheorie gedachten fiktiven Charakter einiger von Marx im Fetischkapitel gewählter Beispiele unmittelbarer ‚Arbeitszeitrechnung‘ und sei unempfindlich für naturalistische Residuen in der Marxschen Bestimmung der Werts substanz.

Werts substanz und Wert müssen, so der Fortgang der Wolfschen Argumentation, notwendig erscheinen (120), sie sind als solche auf der Darstellungsebene von Kapitel 1.1 und 1.2 des ‚Kapital‘ nur an sich, noch bloße „Gedankending(e)“ (Marx) (129). Entgegen der von Backhaus (1969) und neuerdings wieder von Alexander Gallas (2003) vertretenen These, zwischen Werts substanz und Wertform bestünde ein Bruch in der Marxschen Darstellung, entwickelt Wolf im zweiten Teil seiner Arbeit in bisher unbekannter Ausführlichkeit die Notwendigkeit des Übergangs von der einen zur anderen, wobei er die Wertform zugleich als Form ausweist, worin sich der den Waren immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert bewegen kann (vgl. 142f). Es wird dabei gezeigt, dass die Gesellschaftlichkeit der Ware, ihre Wertdimension, sich nur in der Gegenständlichkeit ihrer Gesellschaftlichkeit, der Gebrauchswertdimension der jeweils anderen Waren, äußern kann, was nicht nur in der rein gesellschaftlichen Existenzweise des Werts, sondern auch in der spezifischen Ausdrucksweise der Gesellschaftlichkeit von Gegenständen begründet liegt: „Da der Wert der einzelnen Ware in keinem von ihrem Gebrauchswert verschiedenen Medium erscheinen kann (die Ware ist ein

toter Gegenstand, der keine Gesten hat, keine Sprache besitzt usw.), kann der Wert an ihr überhaupt nicht erscheinen. Die Ware ist nicht als das vom Gebrauchswert verschiedene Gesellschaftliche, sondern einzig und allein als Gebrauchswert fassbar. Muss die Ware als Wert erscheinen und kann sie dies in keinem andern Medium als in dem des Gebrauchswerts tun, dann kann die Ware nur in einem Gebrauchswert erscheinen, der vom Gebrauchswert der Ware verschieden ist.“ (141).

In der Wertform erhält der Wert sinnlich-gegenständliche Selbständigkeit (138), womit allerdings die Tücken des Warenfetischs beginnen, dem, wie Wolf in verschiedenen Exkursen zeigt, zuweilen auch marxistische Positionen erliegen, seien sie nun eher hegelianisierender oder eher strukturalistischer Provenienz. Gegen diese sei festzuhalten, dass im Wertverhältnis der Gebrauchswert von Ware B den Wert von Ware A repräsentiert, als deren Wertform gilt, ohne dass sich ersterer damit real in Wert verwandeln würde. Die ‚Identität‘ von Gebrauchswert und Wert in der Wertform darf nach Wolf also nicht als „seinslogische“ (174) begriffen werden, wie es Marx von verschiedener Seite unterstellt wird. Dagegen arbeitet er präzise den Sinn der Einheitsdimension im Verhältnis von Gebrauchswert und Wert auf dieser Darstellungsebene heraus (170f).

An diese Problematik knüpft auch die Frage des Verhältnisses von logischem und dialektischem Widerspruch an. Vor allem in der Auseinandersetzung mit Gerhard Göhler und Lucio Colletti wird nachgewiesen, dass eine Konfundierung von Gebrauchswert-

und Wertseite der Ware mit der von logischem und dialektischem Widerspruchsbegriff einhergeht. Dagegen macht Wolf für Marx' dialektische Widerspruchskonzeption geltend, dass zwar die Ware Einheit gegensätzlicher Bestimmungen ist, diese Bestimmungen (Gebrauchswert und Wert) aber nicht zugleich als sie selbst und als ihr Gegenteil verstanden werden dürfen: „Zwischen dem Gebrauchswert und dem Wert der Ware besteht der Widerspruch nicht deshalb, weil der Gebrauchswert zugleich Wert und der Wert zugleich Gebrauchswert ist, sondern weil die Ware in einer gesellschaftlich-unspezifischen Hinsicht Gebrauchswert“ und „in einer gesellschaftlich-spezifischen Hinsicht Wert“ ist. (228)

‚Widerspruchsentwicklung‘ oder ‚dialektische Darstellung‘ wird von Wolf explizit als ‚logisch‘-begriffliche Strukturanalyse der Reproduktionsdynamik (nicht der Ursprungsdynamik) der kapitalistischen Produktionsweise verstanden (14f). Die Abfolge der Kategorien im ‚Kapital‘, ihre ‚Entwicklung‘ aus den widersprüchlichen Vergesellschaftungsbedingungen der Arbeit, folgt ihrer ‚Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben‘ (Marx). Zwar geht Wolf leider nicht auf die fatalen objekttheoretischen Konsequenzen einer historizistischen Lesart der Marxschen ‚Methode‘ ein (wozu man sich einen Exkurs durchaus gewünscht hätte), doch lässt sich seine Interpretation der Dialektik der Wertform(analyse) zumindest als implizite Kritik an dieser Lesart begreifen: Hat der ‚Widerspruch zwischen dem ungesellschaftlich-stofflich Einzelnen und dem gesellschaftlich-nicht-stoff-

lich Allgemeinen‘ (217), der der ‚Ware an sich‘ immanent ist, in der (einfachen) Wertform eine Bewegungsform gefunden, tut sich ein neuer Widerspruch auf: der berühmte ‚Mangel‘ der einfachen, schließlich der entfalteten Wertform, d.h. das Missverhältnis zwischen der Allgemeinheit des Werts und der Partikularität seiner Erscheinungsformen im einzelnen, schließlich besonderen Äquivalent (vgl. 191f).

Dieser Mangel, als Symptom für einen noch unterbestimmten Waren- und Wertbegriff (keinesfalls für ein reales Vergesellschaftungsproblem in einem vermeintlich prämonetären, einfachen Warentausch, wie die marxistische Orthodoxie von Engels bis Haug weismachen wollte) wird im Rahmen der Wertformanalyse sukzessive beseitigt, bis mit der Einführung des Begriffs des allgemeinen Äquivalents die (vorläufig) adäquate Existenzweise des Werts entfaltet ist. Erst in der allgemeinen Wertform stellen alle Waren ihre Werte einheitlich und gesellschaftlich-allgemein, also ihrem Begriff gemäß, dar, erst hier ist der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert für alle Waren ‚gelöst‘ und die Verselbständigung des Werts gegenüber dem Gebrauchswert wirklich vollzogen (194-197). Die Wertformanalyse stellt sich von daher als Explizierung des monetären Gehalts des Wertbegriffs, als Erklärung des ‚inneren, notwendigen Zusammenhangs‘ (Marx) zwischen Ware und Geld dar.

Die Mystifizierung der nur begrifflich erfassbaren Vermittlungszusammenhänge der kapitalistischen Empirie besorgen die ökonomischen Formen dieser Produktionsweise schon

selbst. Sie liefern ihr eigenes Legitimationsprogramm, ihren verkehrten Sinn mit ihrem bloßen Sein frei Haus. Auf Grundlage der Tatsache, dass die sozialen Verhältnisse der Menschen über die gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Arbeitsprodukte nachträglich-sachlich vermittelt sind und im Geld zum handgreiflichen Ding gerinnen, aus der „reelle(n) Verkehrung von Subjekt und Objekt“ (250) also, lassen sich, so Wolf im dritten Teil, auf rationale Weise, d.h. ohne eine „irrationale Vermischung von stofflicher Gebrauchswert- und gesellschaftlicher Wertseite“ (266f), die prosaischen Mystifikationen der ökonomisch-sozialen Formen zu Naturformen erklären: Im Schein der unmittelbaren Austauschbarkeit als natürliche Sacheigenschaft der Äquivalentform verschwindet die vermittelnde Bewegung – die Tatsache, dass diese Form nur in einem spezifischen, gegenständlich vermittelten, sozialen Verhältnis zwischen Menschen als unmittelbare Inkarnation des Werts gilt – im Resultat. Die realen Erscheinungsformen des Werts, seine gegenständlichen Repräsentationsverhältnisse, transportieren so einen objektiven Schein, dem die begriffslose empirische Wahrnehmung der Wareneigner aufsitzt (271). Wolfs äußerst klare Ausführungen zum Warenfetisch untersuchen dabei gleichsam, „was den Warenbesitzern vom Wert bewusst gegeben ist und was nicht“ (255). Eine Auseinandersetzung mit dem theoretischen Status der Beispiele im Fetischkapitel (von Robinson bis zum Verein freier Menschen) sucht man indessen vergebens.

Im letzten Abschnitt des Buches wird der Begriff des dialektischen Wider-

spruchs vor dem Hintergrund von Differenzen zwischen Marx' Auffassungen des dialektischen Widerspruchs in seiner Frühschrift ‚Kritik des Hegelschen Staatsrechts‘ und im ‚Kapital‘ behandelt. Begreift Marx 1843 vor dem Hintergrund einer Kritik des idealistischen Widerspruchskonzepts Hegels, in dem der absolute Geist als über den Gegensatz von endlichem Geist und Natur übergreifendes Drittes gefasst wird (362f), ‚Vermittlung‘ noch ausschließlich als mystische Konfundierung von Extremen, während er als ‚wirklichen Gegensatz‘ nur den aus nicht vermittelbaren Extremen bestehenden akzeptiert, so wird das Vermittlungsmodell im ‚Kapital‘ in nichtidealistischer Manier adaptiert. Wolf zufolge lässt sich dabei der Gegensatz zwischen konkreter und abstrakter Arbeit als ‚Differenz innerhalb der Existenz eines Wesens‘ fassen (381-385), der sich erst im Kapitalismus, wenn abstrakte Arbeit die gesellschaftliche Form der konkreten Arbeiten darstellt und sich als Bestimmung real selbstständig, zu einem ‚wirklichen Gegensatz‘ entwickelt: „Während der gesellschaftliche Zusammenhang als Existenzbedingung der einzelnen Arbeiten von vornherein selbständig existiert, muss die abstrakt-menschliche Arbeit, um selbständig zu existieren, sich gegenüber der konkret-nützlichen Arbeit selbständigen, d.h. in ihrer durch den gesellschaftlich-allgemeinen Charakter gewonnenen Eigenständigkeit so selbständig gegenüber der konkret-nützlichen Arbeit existieren wie eine zweite ‚Sorte‘ Arbeit, obgleich sie keine solche ist.“ (386f)

Auf der Ebene der Analyse der ‚Ware an sich‘ liegt nun zunächst eine ‚Re-

aloposition' zwischen Gebrauchswert und Wert vor. Eine Vermittlung zwischen beiden lässt sich nicht ausmachen: Beide sind, als konkret-Stoffliches und als abstrakt-Gesellschaftliches, von verschiedener Qualität. Zwar ist konkrete Arbeit in arbeits teiligen Gemeinwesen auf einen gesellschaftlichen Zusammenhang verwiesen, nicht aber auf dessen spezifische Form in Gestalt abstrakter Arbeit. Kurz, beide Seiten des Gegensatzes ‚bedürfen einander nicht‘ (388-391). Im Fortgang der Darstellung zeigt sich aber, dass der Wert über den Gebrauchswert ‚übergreift‘ und zuerst in der allgemeinen Wertform, in der ein Gebrauchswert die Form unmittelbarer Austauschbarkeit und damit gesellschaftliche Allgemeinheit erhält, eine Vermittlung der Extreme sich vollzieht, die aber keine mystische Vermischung beider impliziert (393f). Geld ist so als „die Gebrauchswerte und Werte der Waren zusammenfassende Mitte“ (ebd.) bestimmbar.

Wer sich durch den reichlich spröden und redundanten Stil des Autors hindurcharbeitet, wird in diesem Band einen wichtigen Beitrag zur Klärung einer Reihe werttheoretischer Einzelprobleme sowie der Frage nach dem wissenschaftstheoretischen Status der Marxschen Ökonomiekritik überhaupt erkennen. Er kann vor allem in der Auseinandersetzung mit Positionen fruchtbar gemacht werden, die – ob mit positivem oder negativem Vorzeichen – die Wissenschaftlichkeit der Kritik der politischen Ökonomie leugnen oder deren Gegenstand nur noch raunend als unbegreifbares „blanke(s) Anti der Ratio“ (Jochim Bruhn) mystifizieren. Eine Schwäche der Wolfschen Ausführ-

ungen ist allerdings der fehlende Sinn für Ambivalenzen im Marx'schen Werk. Das ‚Kapital‘ wird als Werk aus einem Guss präsentiert. Wer nur Augen hat zu lesen, wird es richtig verstehen, so der Subtext. Substantialistische Residuen in der Werttheorie werden beispielsweise ebenso wenig ausgemacht wie eine ‚Popularisierung‘ (Backhaus) bzw. ein ‚Verstecken‘ (Reichelt) der Methode dialektischer Darstellung im Übergang von der Erst- zur Zweitaufgabe.

Ingo Elbe

Anhaltende Vitalität

Zum Abschluß der Edition von Gramscis Gefängnisheften durch den Argument-Verlag: Antonio Gramsci, Gefängnishefte, 10 Bände, Argument-Verlag, Hamburg, zus. 320,- €

Noch vor dem historischen Einschnitt von 1989 begann der Argument-Verlag mit den Vorbereitungen zur deutschen Edition der historisch-kritischen Ausgabe von Antonio Gramscis Gefängnisheften. Es war der dritte Anlauf. Der erste war in den fünfziger Jahren in der DDR aus ideologischen Gründen abgebrochen worden. Obwohl der Stern Gramsci bei der westdeutschen Linken immer stärker leuchtete und der 1967 von Christian Riechers bei Fischer besorgte Auswahlband etliche Raubdrucke provozierte, scheiterte eine Ende der siebziger Jahre durch die Europäische Verlagsanstalt betriebene Übersetzung der 1975 von Valentino Gerratana besorgten italienischen Ausgabe an ökonomischen Erwägungen. Dem Argument-Verlag gelang es, den ersten Band 1991, im Jahr von Gramscis 100. Geburtstag

herauszubringen. Inzwischen waren aber die Hoffnungen in die Perestroika, die gerade auch im Argument-Verlag sehr stark gewesen waren, enttäuscht, das sozialistische Experiment gescheitert. Hinfällig war damit eine der wichtigsten Perspektiven der Gefängnishefte: Gramsci hatte das Fehlen von Demokratie und Zivilgesellschaft in der Sowjetunion zwar historisch aus der fehlenden bürgerlichen Entwicklung in Rußland erklärt. Jedoch ließ er keinen Zweifel daran, dass die „Staatsvergottung“ progressiv zu überwinden sei, indem immer mehr staatliche Funktionen von der stärker werdenden Zivilgesellschaft übernommen werden. Erst das wäre die Selbstregierung der frei assoziierten Produzenten. Den Weg darin beschrieb Gramsci nicht nur mit Marxens Formel vom Absterben des Staates, sondern mit dem den Vorgang plastischer beschreibenden Begriff von der „Assimilierung“ bzw. auch der „Absorption“ des Staates durch die Zivilgesellschaft. Doch um diesen Prozess in Gang zu bringen, hätte die Zivilgesellschaft erst einmal von der Kette gelassen werden müssen. Trotz des enormen Zuwachses von Bildung kam es weder in der Sowjetunion noch in den anderen sozialistischen Ländern zum öffentlich auszutragenden Wettbewerb verschiedener gesellschaftlicher Strömungen. Bis zum bitteren Ende versuchten Staat und Partei, die fast ganz zur Funktionseinheit verschmolzen waren, alles und jedes unter einen gemeinsamen Nenner zu zwingen. Man konnte also bestenfalls von enormen, aber gefesselten zivilgesellschaftlichen Potentialen sprechen, die systematisch

daran gehindert waren, ihre volle Kreativität zu entfalten.

Unter dem Eindruck der historischen Niederlage des aus der Oktoberrevolution erwachsenen Sozialismus, die recht schnell eine Phase theoretischen Defätismus der verbliebenen Restlinken einleitete, war es nicht nur politisch, sondern vor allem auch kommerziell äußerst mutig, dass der Argument-Verlag die Edition unbeirrt fortführte und durch einige Kolloquien versuchte, die Gramsci-Rezeption in Deutschland auf der nun verfügbaren neuen Basis in Gang zu bringen. Zwar kam es tatsächlich zu einem gewissen studentischen Interesse an den zwischen 1929 und 1935 geschriebenen Gefängnisheften. Aber Arbeiten, die deren Ausstrahlung über den universitären Rahmen hinaus trieben und Politisches bewirkten, blieben aus. Der Grund ist wahrscheinlich in der postmodernen Vorprägung der Studenten zu suchen, die die Gefängnishefte als einen Steinbruch für die verschiedensten, auch interessanten Detailforschungen betrachteten, aber kaum in der Lage waren, in ihnen einen größeren zukunftsweisenden Sinnzusammenhang zu erkennen. Dies wird freilich auch durch den kryptischen Charakter der Gefängnishefte erschwert. Ihre Lektüre und Interpretation wird nicht nur behindert durch eine Tarnsprache, die Gramsci gegen die Gefängniszensur entwickelte. Auf Grund seines schlechten Gesundheitszustands haben die Aufzeichnungen auch einen sporadischen, wenig systematischen Charakter. Viele Paragraphen inspirieren sich an den ihm gerade zugänglichen Büchern oder Zeitschrif-

ten und es ist nicht immer klar, was Zitat, Zusammenfassung oder Gramscis eigene Darstellung ist. Die Interpretation setzt also philologische Geduld und eigentlich auch italienistische sowie beträchtliche zeitgeschichtliche Kenntnisse voraus.

Aus meiner Sicht wären die Gefängnishefte leichter erschließbar, wenn ein Band von Gramscis Artikeln und der unter seiner Verantwortung entstandenen Parteidokumente vor der Haft mit ediert worden wäre. Das sind Klartexte, auf deren Grundlage Inhalt und Sprache der Gefängnishefte verständlicher und zugleich jene Zusammenhänge erkennbar würden, die Gramsci auch nach dem Ende des Staatssozialismus Gewicht geben. Für Italien und jene anderen westlichen Länder, die bereits Elemente der bürgerlichen Demokratie entwickelt hatten, projizierte er eine Entwicklung des Sozialismus, die sich nicht am „Byzantinismus“ Stalins orientieren sollte, sondern die Traditionen der Aufklärung und des bürgerlichen Emanzipationskampfes weiterzuführen, aber auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen hatte. Die Revolution im Westen sah er nicht als kurzen Gewaltschlag gegen das alte System, wie es die Oktoberrevolution gewesen war, sondern als beharrlichen Kampf um die fortschreitende Besetzung jener „Schützengräben und Kasematten“, die die moderne Zivilgesellschaft bilden. Sozialistisches Bewußtsein, das in Rußland überhaupt erst nach der Revolution in breitem Maßstab geschaffen werden konnte, war in seinen Augen im Westen die Voraussetzung sine qua non, um einen revolutionären Prozess überhaupt in Gang zu brin-

gen, bis ein substantieller und zu wirklicher Veränderung führender Wandel der Institutionen erreicht sei. Die in Italien schon nach dem 1. Weltkrieg beginnende faschistische Erfahrung zerstörte die bürgerliche Demokratie und Zivilgesellschaft, was auch die Zerstörung der legal gewachsenen Organisationen der Arbeiterklasse einschloß. Daher war es Gramsci klar, dass der revolutionäre Prozess auch im Westen ein kämpferischer, weil stets von Rückschlägen bedrohter Prozess sein würde.

Aus den Gefängnisheften geht verständlicherweise nicht im Klartext hervor, welche Bedeutung er der Rückgewinnung der bürgerlichen Demokratie gab. Um das zu begreifen und präzise entschlüsseln zu können, bräuchte der Leser Sekundärinformationen. Er muß wissen, dass Gramscis über den ihn besuchenden Ökonomen Piero Sraffa der KPI vermitteltes Vermächtnis in der damals keinesfalls unumstrittenen Empfehlung bestand, dass sie sich zur Vorreiterin einer neuen demokratischen Verfassung machen sollte. Bekanntlich hat Palmiro Togliatti diesen Weg auch mit Bravour beschritten. Die Radikalisierung der Demokratie von der repräsentativen Wahldemokratie zur wirklichen Selbstregierung der Mehrheiten, was einen echten institutionellen Wandel erforderlich macht, war jedoch Gramscis eigentliches Ziel. Und hier liegt auch der Ansatzpunkt für seine heutige Aktualität. Sie erstreckt sich freilich auch über die meisten seiner Theoreme wie das Hegemoniekonzept und den gesamten Komplex der Bündnispolitik („historischer Block“). Bislang weniger beachtet, aber hoch-

aktuell ist seine sich durch die ganzen Gefängnishefte ziehende Auffassung, dass die Geschichte als dialektisches Wechselspiel von „Revolution-Restauration“ (bei ihm ein festes Begriffspaar) zu sehen ist. Besonders am Beispiel der Entwicklung Frankreichs leitete er die wichtige Erkenntnis ab: Wenn die progressiven Kräfte nicht defätistisch erlahmen, gehen auch in der Restauration nicht alle revolutionären Impulse verloren. Sie kann sogar in eine „passive Revolution“ münden, d.h. in einen essenziellen Teilfortschritt, der jedoch unter Hegemonie der in diese Richtung gedrängten konservativen Klassen steht. Als Merkmale „passiver Revolutionen“ seiner Zeit sah er nicht nur die Keimformen des modernen Sozialstaats wie Fordismus und Keynesianismus an, sondern sogar die staatsdirigistische Aktivität der italienischen Faschisten. Er erkannte sie als eine Form von denaturiertem Sozialismus.

Dem Argument-Verlag gelang es, im Schnitt alljährlich einen der zehn Bände herauszubringen, die wahrscheinlich absichtsvoll einen ähnlichen, über rotes Leinen gelegten grauen Schutzumschlag bekamen wie die Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe der Werke Bertolt Brechts. Der letzte, der Registerband, erschien 2002. Dass die Bände nacheinander herauskamen, ehe die Gesamtübersetzung vorlag, hatte den Nachteil, dass die Übertragung von Gramscis eigentümlichem Begriffsapparat Veränderungen erfuhr, die sich aus dem Erkenntniszuwachsen im Arbeitsprozess ergaben. So wird aus dem zunächst mit „historischem Block“ übersetzen

„blocco storico“ der „geschichtliche Block“, aus „hegemonial“ für „egemonico“ wird „hegemonisch“. Aus meiner Sicht ist dagegen die durchgehend bleibende Übersetzung von „Historizismus“ für „storicismo“ anstelle von „Historismus“ bedauerlich. Damit hat das Übersetzerteam offenbar noch das Berührungstabu des offiziellen historischen Materialismus und vieler Linker mit dem Historismus respektiert. Gramsci selbst plazierte sich aber durchaus in die historistische Tradition, ohne sich freilich auf die ausschließlich kulturellen, bzw. ethisch-politischen Ordnungskriterien des deutschen und italienischen Idealismus (Benedetto Croce) zu beschränken. Für ihn waren natürlich auch ökonomische Kriterien unverzichtbar und Marx nennt er ebenfalls einen ‚storicista‘, einen Historisten also. Während der in der gramscischen Lesart äußerst wichtige Historismusbegriff nun aus der deutschen Übersetzung getilgt ist, steht dafür „Historizismus“. Aber ausgerechnet dieser Begriff kam durch Karl Popper als abwertende Bezeichnung für den historischen Materialismus auf.

Das und auch die Übersetzungsveränderungen in einigen Schlüsselbegriffen ist für potentielle neue Rezipienten nicht günstig. Nach der Delegitimierung vieler traditioneller linker Termini wird eine neue, unverbrauchte, aber natürlich möglichst klare Begriffsbildung benötigt. Gramscis Begriffe könnten dabei von Nutzen sein. Ein Teil der Unebenheiten können erkannt und überwunden werden, wenn man das ausgezeichnete Sachregister benutzt. Es wurde gegenüber dem italienischen Sachregister für

den deutschen Leser nicht nur spezifisch ausgebaut, sondern auch modernisiert. Begriffe wie „Identität“, „Geschlechterverhältnisse“ oder „Gattung“ hatte Gerratana noch nicht als kategorial wichtige Stichworte aufgefaßt. Dass Gramscis Werk diese Begriffe aber enthält, offenbart, wie die Herausgeber richtig bemerken, seine anhaltende Vitalität.

Diese kritischen Bemerkungen sind letztlich geringfügig gegenüber dem enormen Verdienst, den die Edition von Gramscis Gefängnisheften in deutscher Sprache darstellt. Welche Fortuna ihr noch bevorsteht, hängt davon ab, inwieweit eine künftige Linksbewegung überhaupt noch theoretisches Interesse entwickelt.

Sabine Kebir

Anfänge von Ungleichheit

Thomas Hock, Soziopolitische Evolution in Proto-China, Zur Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheit und politischer Herrschaft in der protochinesischen Interaktionssphäre, Peter Lang Verlag, Frankfurt-M. (usw.) 2003, 352 S., 56,50 Euro

Hauptgegenstand dieser Untersuchung sind Entwicklungen gesellschaftlicher Verhältnisse in zentralen und östlichen Gebieten Nord-Chinas in der Jungsteinzeit bis etwa 2.000 v.u.Z., in denen gesellschaftliche Ungleichheiten verschiedener Art und letztlich staatlich verfaßte herrschaftliche Gesellschaften entstanden sind. Ziel der Untersuchung ist es vor allem, einen Beitrag zur „Rekonstruktion der Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheit und politischer Herrschaft“ in dieser „proto-

chinesischen Interaktionssphäre“ zu leisten und darüber hinaus, aus der Betrachtung der chinesischen Frühgeschichte Einsichten zu gewinnen, die für eine Theorie der geschichtlichen Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheiten überhaupt von Nutzen sein können (9 ff). In methodischer Hinsicht handelt es sich um die Interpretation archäologischer Funde und ihres Kontextes im Rahmen eines geschichtsphilosophisch begründeten gesellschaftstheoretischen Denkansatzes.

Das *erste* Kapitel (25-72) bietet einerseits einen „ersten Orientierungsgang“ durch die hier relevanten biogeographischen Landschaften (wobei Unterschiede insbesondere zwischen der nördlichen trockeneren Hirsezone und der Zone des südlichen Feuchtreisanbaugebiets wichtig sind), andererseits eine Diskussion gesellschaftswissenschaftlicher Kategorien (bei der eine Differenzierung „ökonomisch-sozialer, politisch-rechtlicher und religiös-ideologischer Aspekte“ der „gesellschaftlichen Totalität“ sowie die Begriffe Gesellschaft und Herrschaft im Mittelpunkt stehen).

Im *zweiten* Kapitel (73-113) wird der „egalitäre Charakter“ ausgewählter frühjungsteinzeitlicher (landwirtschaftlicher) Gesellschaften in den beiden genannten Landschaftszonen und die allmähliche Herausbildung sozialer Differenzierungen in nördlichen Gesellschaften geschildert, darunter in der nördlich-östlichen Dawenkou-Vorläuferkultur der seit dem 3. Jahrtausend vorherrschenden Longshan-Kultur.

Das *dritte* Kapitel (115-156) fragt

nach Gründen der Entstehung dieser Vorherrschaft in der Geschichte zwischen dem Ende des 5. und dem Ende des 3. Jahrtausend v.u.Z. und verweist insbesondere auf biogeographische Faktoren, die hier das „Subsistenzpotenzial“, das „Niveau der Produktivkraftentwicklung“ und die „kulturelle Hegemonie“ positiv beeinflussen.

Das umfangreiche *vierte* Kapitel (157-263) behandelt unter verschiedenen Gesichtspunkten Übergangsformen in dieser Geschichte einer Entwicklung „von egalitären zu stratifizierten, hierarchischen Formen der Vergesellschaftung“ und deren vermutliche schließliche Gestaltungen, insbesondere am Beispiel unterschiedlicher Ostküsten-Kulturen. Dies geschieht mit dem Blick auf die Herausbildung anzunehmender „Verfügungsgewalten und Verfügungsrechte“ in bezug auf unterschiedliche Güter sowie von Herrschaftsformen verschiedener (darunter auch patriarchaler) Art und unter Berücksichtigung anzunehmender „religiöser“ Ideen, welche die Form solcher Herrschaftsgefüge bestimmt hätten.

Das abschließende *fünfte* Kapitel (265-298), auf das noch einzugehen ist, enthält „Implikationen und Hypothesen“. Eine zusammenfassende Schlussbetrachtung (299-307) plädiert am Ende für eine „materialistische Geschichts- und Gesellschaftstheorie“, deren „zentraler Begriff“ „nicht Gleichheit, sondern Freiheit“ ist und die sich insbesondere nicht am „Ideal“ der „rohen, naturbestimmten Gleichheitsverhältnisse der frühen Vorgeschichte“ orientiert, sondern vor allem an einer „inhaltlichen Bestimmung gesellschaftlicher

Freiheit“ (307). Das ist neuzeitliche Geschichtsphilosophie in bestem Sinne des seinerzeit von Karl Löwith geklärten Begriffs und weit entfernt von einer „Rehabilitierung eines Materialismus im naturwissenschaftlichen Sinne, in dem die natürliche Seite des Menschen und die Quantifizierung von Phänomenen in Ungleichheitsverhältnissen zum Maß aller Dinge erhoben werden“, wogegen sich der Autor ausdrücklich verwahrt.

Wie man dazu auch stehen mag (vielleicht gibt es auch noch weitere Möglichkeiten einer „Rehabilitierung,“): Die Untersuchungen von Thomas Hock präsentieren jedenfalls eine großangelegte und mit viel archäologisch-historischen Informationen gefütterte Konzeption soziokultureller Evolution am konkreten Exempel Proto-Chinas. Diese nährt sich, bis zu einem gewissen Grade begriffsrealistisch angelegt, mehr oder minder von stadientheoretischen Konzepten (Gruppe/Stamm/Häuptlingstum/Staat), die differenziert angewandt werden (59ff, 223ff, 253-263, 269). Die Qualität der Funde und die Validität der Befunde der mit der chinesischen Frühgeschichte befassten Archäologie, auf die der Autor sich stützen muß, kann ich nicht beurteilen (man weiß, daß die Qualitätsstandards archäologischer Forschung auch mit ihren regionalen Objektbereichen variieren). Somit kann ich zur Umsetzung solcher Funde und Befunde in eine Darstellung der Entwicklung gesellschaftlicher Ungleichheiten im wesentlichen nur bezüglich der Theorie der Evolution, welche diese Umsetzung beinhaltet, etwas sagen. Diese Theorie der Evolution, das ist vorab festzustellen, nimmt diverse gesell-

schaftstheoretische Probleme in Angriff, die dringend der Bearbeitung bedürfen, und schon deshalb ist die Lektüre des Buches sehr zu empfehlen.

Hervorzuheben ist *erstens*, daß der Autor – was in den Gesellschaftswissenschaften heute sonst kaum geschieht – es zu den Voraussetzungen seiner Arbeit zählt, nicht nur die theoretischen Kategorien seiner Forschungstätigkeit zu reflektieren, sondern auch das historisch-geographische Milieu seines Forschungsgegenstands, der untersuchten Gesellschaften, zu skizzieren – ein Indiz dafür, daß man sich nicht nur mit seinem Bewußtsein, sondern auch mit einer Wirklichkeit befassen möchte. Ausgangspunkt der Kategorienreflexion ist eine Vorstellung der Begründung von Gesellschaft überhaupt, derzufolge diese durch ein „gesellschaftliches Handeln“ „konstituiert“ werde, welches sich „grundlegend von naturgebundenem Handeln unterscheidet“, weshalb „Gemeinschaftsideologien Reproduktionsbedingungen“ aller Gesellschaften seien (54, 68 – eine Auffassung, die ich nicht teile). Im Mittelpunkt der biogeographischen Skizzen stehen demgegenüber die tellurischen und solaren Momente der Landschaftssphäre und Migrationen als Faktoren von Vergesellschaftung; so sollen in bestimmten Fällen klimatische und hydrographische landschaftliche Veränderungen beispielsweise Umverteilungen im Verhältnis von Bevölkerungen und Naturräumen „ausgelöst“ haben, insbesondere durch Wanderungen und Siedlungstätigkeit, und vermittels dieser einen „höheren gesellschaftlichen Organisationsgrad“ zur Folge

gehabt haben (116-122 – eine m. E. sinnvolle Betrachtungsweise, wenn auch die theoretische Modellierung der Beziehungen zwischen Bevölkerung und Naturraum noch entwicklungsfähig ist).

Ein *zweites* Verdienst der Untersuchungen ist, daß am Beispiel Proto-Chinas möglichen Gründen für Übergänge zu gesellschaftlichen Ungleichheiten nachgegangen wird, eine Frage, die oft recht vorschnell in allgemeiner Form beantwortet wird, wozu sich der Verfasser jedoch nicht verleiten läßt. Als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzungen hierfür gelten ihm – im Sinne traditioneller Argumentation – die Entstehung von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die Erwirtschaftung eines dauerhaft verfügbaren Mehrprodukts, und zwar aufgrund von Verbesserungen natürlicher Bedingungen und technischer Mittel „für eine höhere Produktivkraftentwicklung“ und Entwicklung „hegemonialer“, „komplexer“ und eben „stratifizierter“ Gesellschaften (126-152). Deren Merkmale bedürfen inhaltlicher Bestimmungen, die der Autor im zentralen vierten Kapitel durch Erörterung archäologischer Befunde zu den anscheinend entstandenen „Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen“ zu gewinnen unternimmt, welche er in Form von – als durchaus hypothetisch zu bezeichnenden – diversen Mustern soziopolitischer Verhältnisse klassifiziert (168-263). Gleichwohl bleibt die Frage, warum es aufgrund jener Voraussetzungen in den vorliegenden Fällen (Ostküsten-Kulturen) zur Institutionalisierung von Machtpositionen der verschiedensten Art gekommen war. Auf diese Frage gibt

der Autor keine eindeutige, sondern eine äußerst „vielschichtige Antwort“ (153, vgl. 232-249). Wichtig und tragfähig erscheinen mir seine wiederholten Hinweise auf die Vermittlung solcher Entwicklungen durch den „wachsenden Konflikt zwischen den expandierenden Gesellschaften, [...] der den Aufstieg militäristokratischer Eliten zweifellos begünstigte, wenn nicht bedingte“ (70, vgl. 116f, 153, 232, 237ff).

Sehr verdienstvoll ist, *drittens*, daß und vor allem wie der Autor in seinem mit „Implikationen und Hypothesen“ überschriebenen Kapitel dazu ansetzt, mögliche Erträge seiner Untersuchungen für eine Theorie gesellschaftlicher Evolution zu skizzieren. Abgesehen von einer Diskussion vorhandener Theorien soziokultureller Evolution werden hier mit Blick auf die Geschichte westlich-europäischer Gesellschaften „Spezifika der protochinesischen Entwicklung“ (277-294) benannt, was für die Klärung der geschichtstheoretischen Frage nach den Bedingungen der Expansion des Westzipfels Eurasiens seit der Antike bis zur modernen Gesellschaft und kapitalistischen Produktionsweise hilfreich sein könnte. Es gibt hier eine Reihe einleuchtender Hinweise auf spezifische Differenzen zwischen dem eurasischen Osten und Westen, die von natural-technischen über ökonomische, soziale und politische bis zu ideologischen Besonderheiten reichen. Ein Beispiel ist die jedenfalls zunächst viel größere Rolle von Viehzucht und Herdentierhaltung im Westen, die mit dem „Zwingen von Herdentieren“ und entsprechendem „Eingreifen in Naturabläufe“ verbunden

war (279, 282). Der Autor hat sich im Rahmen seiner Arbeit – die als Dissertation im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg entstand – auf „impressionistische“ Vergleiche zwischen Ost und West beschränken müssen. Doch sind seine Hinweise auf intrakontinentale Differenzen soziokultureller Evolution in Eurasien um so wichtiger, als solche Differenzen in den bekannten Werken von Lewis Morgan und Friedrich Engels nicht beleuchtet und im berühmten Werk von Jared Diamond (Arm und Reich, 2000, 506-517, vgl. Z 47, 200-205) nur ansatzweise bearbeitet wurden. Ihre Verarbeitung in einer Theorie der Entwicklung europäischer Gewaltherrschaft, die mit dem unlängst erschienenen Buch von Michael Mitterauer über den europäischen „Sonderweg“ wieder auf die wissenschaftliche Tagesordnung gesetzt wurde (Mitterauer, Warum Europa?, 2003), wäre wünschenswert.

Karl Hermann Tjaden

Justizkrieg: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe

Heinz-Jürgen Schneider, Erika Schwarz, Josef Schwarz: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2002, 364 S., 25,00 €

Das Buch ist das Ergebnis einer Spurensuche nach Rechtsanwälten, die in der Weimarer Republik im Auftrag der Roten Hilfe politisch Verfolgte verteidigt haben. Es trägt damit nicht

nur zur Erforschung von Herkunft, Tätigkeiten und Motiven politischer Strafverteidiger bei, die, so Heinrich Hannover in seinem Vorwort (7f), „gegen die faschistischen Terroristen und ihre Wegbereiter im Staatsapparat und in der Justiz schon zu einer Zeit gekämpft haben, als deren ‚Machtergreifung‘ noch zu verhindern gewesen wäre“. Es ist – nach H. und E. Hannovers bereits 1966 erschienener Untersuchung zur „Politische(n) Justiz 1918-1932“ – auch ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Justiz und ihrer in der Mehrzahl antidemokratisch und reaktionär orientierten Richter und Staatsanwälte, die, als der Kaiser ging, geblieben waren (vgl. 9). Unter den Rechtsanwälten der Roten Hilfe waren, obwohl die meisten ihrer Klienten den Kommunisten zumindest als Wähler nahe standen, nur wenige Mitglieder oder Sympathisanten der KPD. Zumeist kamen sie aus dem kulturell-gesellschaftlichen Milieu eines linksliberalen Bürgertums. Ihre Gemeinsamkeit bestand in der antifaschistisch-demokratischen Grundhaltung ihrer Kritik an der Weimarer Justizpraxis, deren Urteilen gegen Kunst- und Meinungsfreiheit, den Gesetzesverschärfungen zum „Schutz der Republik“ wie der Sondergerichtsbarkeit. Während es zu einer breiten Einheitsfront der Arbeiterparteien und Gewerkschaften gegen die aufsteigende Nazipartei nicht gekommen ist, gab es eine parteiübergreifende antifaschistische Aktion „von unten“, in der „die lähmende Frontstellung von SPD und KPD“ durch das Bündnis einer gesellschaftlich relativ kleinen Gruppe fortschrittlicher Anwälte überwunden werden konnte (vgl. 11f).

Mit diesen Anwälten hatten beide deutschen Nachkriegsstaaten ihre Schwierigkeiten. „Nicht nur, weil sie ganz überwiegend Juden oder jüdischer Abstammung waren und antisemitische Geisteshaltungen hier wie dort fortwirkten oder wiederkamen“ (7), sondern auch, soweit sie Kommunisten waren: In der BRD verfielen sie – wie die von ihnen verteidigten kommunistischen Angeklagten – angesichts neuer und bis heute andauernder Kommunistenjagd der Zensur durch Verschweigen, in der DDR blieb lange Zeit die Würdigung derjenigen von ihnen aus, die Opfer stalinistischer Verfolgung wurden. Umso größer ist das Verdienst der Autoren, ihrer zu gedenken (vgl. 7f).

Den Hauptteil des Buches machen über 300 teils gut dokumentierte teils auf wenige Daten sich beschränkende Kurzbiografien von Strafverteidigern in ganz Deutschland aus, die über einen kürzeren oder längeren Zeitraum und in unterschiedlichem Umfang im Auftrag der „Roten Hilfe Deutschlands“ (RHD) tätig waren. „In der alten Bundesrepublik gab es kaum, in der DDR nur wenig veröffentlichtes Material, meist über die Rote Hilfe als Gesamtorganisation.“ Die wichtigste Quelle waren daher der Bestand der RHD im Bundesarchiv und Auskünfte lokaler und regionaler Archive; für die „zunächst nur namentliche Ermittlung der Anwälte“ (24) wurden die Abrechnungen der RHD über „geleistete Zahlungen und eingegangene Rechnungen der Rechtsanwälte“ von 1931, überregionale und regionale Anwaltsverzeichnisse der RHD wie das Handbuch „Roter Helfer“ von 1930 herangezogen.

Der Feind steht links. Klassenjustiz

und Verfolgung gegen links, deren Tradition vom Kommunistenprozess zu Marx' Zeiten über das Sozialistengesetz, die Unterdrückung der Antikriegsproteste im Ersten Weltkrieg bis zur Niederschlagung der Novemberrevolution reicht, prägten auch die Justizrealität der Weimarer Republik: Straffreiheit für die Anführer des Kapp-Putsches 1920 und die Fememörder, Verurteilung der Anhänger der Räte-Republik zu insgesamt 4.843 Jahren Haft. Denn man dürfe, so die AutorInnen „nicht vergessen, dass die Weimarer Republik gewissermaßen mit dem Schießbefehl Noskes geboren wurde“ (17), dem in Berlin über 1000 Arbeiter zum Opfer fielen. So bildeten sich bereits 1919/20 erste revolutionäre Unterstützungskomitees bei der USPD und der Organisation der revolutionären Obleute, aus denen im April 1921 die ersten Rote-Hilfe-Komitees hervorgingen. Nachdem es 1922 auf Beschluss des IV. Weltkongresses der Komintern zur Gründung der Internationalen Roten Hilfe (IRH, russisch MOPR) gekommen war, wurden diese spontan gebildeten lokalen Komitees 1924 zur Roten Hilfe Deutschlands (RHD), Sektion der IRH, zusammengefasst. Obwohl die organisatorische Initiative von der KPD ausging, verstand sich die RHD mit ihren Hilfeleistungen auch für Sozialdemokraten und parteilose Linke von Anfang an als überparteiliche Organisation (vgl. 16). Die Tätigkeitsbereiche der RHD waren Rechtsschutz und Prozesshilfe für politisch Verfolgte und Gefangene, Unterstützung ihrer Angehörigen, Schulungen für die Selbstverteidigung – die auf eine massenwirksame Aufklärung über die Angeklagtenrechte

zielende Schrift von Felix Halle „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht?“¹ ist im Faksimile der 4. Auflage von 1931 im Anhang des Buches abgedruckt – wie die Initiierung und Organisation von Solidaritätskampagnen. Für die Kinder der verfolgten und inhaftierten Arbeiter betrieb die RHD zwei Kindererholungsheime, das 1923 eröffnete Kinderheim Barkenhoff¹ in Worpsswede, und, seit 1925, das Arbeiterkinderheim MOPR in Elgersburg im Thüringer Wald (vgl. 16ff).

Die in allen Orts- und Betriebsgruppen der Roten Hilfe gebildeten Rechtsschutzkommissionen, denen auch Mitglieder anderer proletarischer Organisationen angehörten, hatten unabhängig von der Hinzuziehung von Rechtsanwälten und der Beauftragung von Strafverteidigern die Beschuldigten zu beraten, Beweismaterial zu ihrer Entlastung zu sammeln und Zeugen zu ermitteln (17). Im Jahre 1928 konnte 27.000 Personen Rechtsschutz gewährt und 18.000 Inhaftierten wie ihren Angehörigen rechtlicher, moralischer und finanzieller Beistand geleistet werden, wobei die Hauptarbeit ehrenamtlichen Helfern oblag und der hauptamtliche Apparat nicht mehr als 60-80 Personen zählte (20). So wurde die RHD bis Anfang der 30er Jah-

¹ Den Barkenhoff hatte der einstige Jugendstilmaler Heinrich Vogeler, der nach seinen Weltkriegserfahrungen 1920 am Aufbau der „Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands“ beteiligt war, 1924 der KPD beitrug und von seiner letzten Reise in die Sowjetunion (1931) nicht mehr nach Deutschland zurückkehrte, nach dem Scheitern eines sozialistischen Kommuneexperimentes der RHD übereignet. Zu den Repressalien gegen Vogelers Barkenhoff-Fresken vgl. Diethard Kerbs (Hg.), ... gegen Kind und Kunst. Eine Dokumentation aus dem Jahr 1927, Gießen 1974

re mit über 500.000 Mitgliedern zu einer der größten Hilfsorganisationen der Arbeiterbewegung in Deutschland. Ihre höchste Wirksamkeit entfaltete sie „naturgemäß in den Haupteinflussgebieten der KPD, also in Berlin, dem Ruhrgebiet und Hamburg, Halle-Merseburg, Leipzig und in Stuttgart“ (19).

Bereits 1924 waren 7.000 Linke aus politischen Gründen inhaftiert, gegen ca. 18.000 war Anklage erhoben worden, von den 822 Hochverratsprozessen richteten sich 800 gegen Kommunisten. „Das Gros der Kommunistenprozesse der Weimarer Republik, in denen gegen eine Unzahl kleiner namenloser Funktionäre Freiheitsstrafen von Tausenden von Jahren verhängt wurden, war, was die zugrundeliegenden ‚Handlungen‘ anbelangt, substanzlos. Die ‚Handlung‘ war lediglich Vorwand, um die Gesinnung bestrafen zu können. Diese Justizpraxis – wir sträuben uns sie Rechtsprechung zu nennen – bereitete den Boden für die Konzentrationslager der Nazis.“ (23f, zit. nach E. und H. Hannover, a.a.O., S. 237)

Unter diesen Bedingungen stellten Strafrecht und Standesrecht – und deren einschlägige Handhabung hat in den RAF-Prozessen die Weimarer Republik und den Faschismus überdauert – eine „Bedrohung für offensiv tätige Juristen dar“: Anwälte wurden in bestimmten Reichsgerichtsverfahren von der Verteidigung ausgeschlossen und konnten Ehrengerichtsverfahren vor der Anwaltskammer unterzogen werden, weil sie allein durch ihre Mitgliedschaft in der KPD oder bereits wegen ihrer Aufnahme in das Handbuch der Roten Hilfe „der Teilnahme an den an-

geblich hochverräterischen Unternehmungen ihrer Mandanten oder deren sonstigen Begünstigung verdächtig seien“ (26).

Die Frage, welche Strategie daraus für den „Justizkrieg“ der Rechtsanwälte der Roten Hilfe folgte, blieb, so die AutorInnen, umstritten (vgl. 31f): Es gab die „politische“ Position, nach der legale Abwehrmaßnahmen nicht die „Diktatur der Bourgeoisie“ behinderten, weshalb eine Verteidigung auf der Basis bestehender strafprozessualer Rechte „opportunistisch“ sei und jede Verurteilung wegen eines politischen Delikts als Rechtsbruch gebrandmarkt werden müsse. Sie trug der schleichenden Aushöhlung der Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung durch Notverordnungen Rechnung, der immer weiteren Auslegung politischer Straftatbestände durch den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik und andere Sondergerichte wie der zunehmenden Negierung der Angeklagten- und Verteidigerrechte durch die Einführung von Schnellgerichten.

Die Gegenposition berief sich auf die Wahrnehmung aller Möglichkeiten, Rechte im Strafverfahren, auch wenn sie bedroht waren, auszunutzen, ohne sich deswegen Illusionen über deren Gewährleistung hinzugeben. „Für die praktische Arbeit der Anwaltsgruppe dürfte eine Mischung juristischer wie politischer Methoden im Vordergrund gestanden haben.“ (32)

Einer der exponiertesten Anwälte der RHD war Hans Litten, Sohn aus gutbürgerlichem Königsberger Hause, der sich – vor allem aus Protest gegen den deutschnationalen Vater – der jüdischen Jugendbewegung anschloss

und hier bald zu den linkssozialistischen und kommunistischen Positionen des „Schwarzen Haufens“ fand.²

Nach dem „Berliner Blutmai“, der Maikundgebung 1929, bei der die Polizei Schießbefehl erhielt und 33 Arbeiter getötet wurden, beschuldigte Litten den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel öffentlich des Mordes – in der Hoffnung auf eine Beleidigungsklage, die ihm die Gelegenheit geben würde, seine Behauptung vor Gericht zu belegen. Eine Anzeige blieb aus, stattdessen wurde ein Arbeiter wegen Körperverletzung angeklagt, der Zörgiebel wegen des „Blutmai“ geohrfeigt hatte. Litten übernahm seine Verteidigung, um diese in einem über mehrere Instanzen gehenden Prozess für eine Erhärtung des Mordvorwurfs zu nutzen.

Im „Edenprozess“, in dem der Überfall von SA-Männern auf ein linkes Sturmlokal verhandelt wurde, gelang es Litten, Hitler als Zeugen vor Gericht laden zu lassen, um ihn mit Flugblättern und Schriften der NSDAP zu konfrontieren und so deren Terror- und Gewaltprogramm gerichtsverwertbar zu machen. Nach weiteren RHD-Mandaten gegen die Nazis wurde ihm 1932 beim „Felseneck-Prozess“ um einen Überfall der SA auf eine Gartenkolonie vom Gericht das Mandat als Nebenklägervertreter wegen angeblicher Zeugenbeeinflussung entzogen, worauf die RHD für den ständigen Personenschutz Littens zu sorgen hatte.

So gehörte Litten zu den Anwälten

² Vgl. dazu „Wir sind jung, die Welt ist offen“. Eine jüdische Jugendgruppe im 20. Jahrhundert, Katalog zur Ausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 2002

der Roten Hilfe, die sich den besonderen Hass der Nazis zuzogen und nach dem Reichstagsbrandprozess als erste verhaftet und in Konzentrationslagern und Zuchthäusern gefoltert und ermordet wurden. Littens Leidensweg führte vom KZ Sonnenburg, wo er in die Fänge eben des SA-Sturms 33 geriet, gegen den er in mehreren Prozessen aufgetreten war, über die Haftanstalten Spandau und Brandenburg nach Buchenwald und Dachau, wo er 1938 angeblich durch Selbstmord gestorben ist (vgl. 201).

Die Spurensuche muss, so die Autoren, mit ihrem Buch, das ein erstes Nachschlagewerk zur politischen Strafverteidigung in der Weimarer Republik darstellt, nicht beendet sein. Es könnte auch die Basis weiterer Projekte, z.B. lokalgeschichtlicher Studien zu einzelnen Anwälten oder anhand der Strafakten aufgearbeiteten Prozessen sein.

Reinhard Schweicher

„Ich habe mehrere Leben gelebt“ – 23 Jahre als Emigrant in Russland

Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2003, 452 S., Abb., € 29

Seit 1987 kenne ich diesen Satz: „Ich habe mehrere Leben gelebt.“ Er stand – vielsagend und doch weitgehend unverstanden – am Anfang einer Rede, die Wolfgang Ruge in der bis auf den letzten Platz gefüllten Aula der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität hielt. Die unmittelbare Fortsetzung lautete: „Bin in verschiedenen Ländern – auch fern von

Europa – unterschiedlichen Berufen nachgegangen. Immer sehr gegenwartsbewusst.“¹ Mit solchen Worten leitete er damals seinen Dank für die ihm verliehene Ehrendoktorwürde ein. Den Beschluss, ihn auf diese Art und Weise auszuzeichnen, hatte der Akademische Senat am 2. Dezember 1986 gefasst. Es gelte, so lautete die Begründung, die herausragenden Verdienste des Historikers Wolfgang Ruge um die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR und insbesondere seine beeindruckende Darstellung „der Lebenswege führender Gestalten der deutschen Geschichte unseres Jahrhunderts“ zu würdigen.²

Der so Geehrte stand damals am Beginn seines 70. Lebensjahres. Drei Jahrzehnte Arbeiten und Wirken in der DDR lagen hinter ihm, nachdem er, wie alle wussten, 1956 aus der Sowjetunion zurückgekehrt war. Die jüngeren Söhne der Muse Klio schauten zu ihm auf, und es bedeutete auch mir als Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät außerordentlich viel, die Laudatio halten zu dürfen. Noch heute stehe ich zu dieser, in der ich von einem der „produktivsten und profiliertesten“ sowie „bekanntesten und anre-

gendsten“ Historiker der DDR sprach. In welchem Maße anregend, zeigte sich den Versammelten sogleich, als er seinem „Nachdenken über Weimar“ Ausdruck verlieh und viele seiner Zuhörer mit der Feststellung überraschte, der deutsche Staat sei zwischen 1919 und 1933 – früher von ihm selbst etwas abschätzig als „Republik auf Zeit“ charakterisiert – besser als sein Ruf gewesen. Gewiss, es dürfe nicht vergessen werden, dass aus der Weimarer Republik ein Regime hervorgegangen ist, das den grauenhaftesten aller bisherigen Kriege entfesselt habe. Aber, so seine Worte, bewerten müsse man „diese Republik jedoch nach dem, was sie war. Kraft objektiver Gegebenheiten konnte, solange sie bestand, in Deutschland nicht mit der Gewinnbarkeit eines Angriffskrieges gerechnet werden.“³ In der Zeit ihrer Existenz ging nun einmal von deutschem Boden kein Krieg aus.

An die Adresse jener, die gewohnt, ja auch daran gewöhnt worden waren, jene 14 Jahre der Weimarer deutschen Republik lediglich von ihrem Endpunkt her zu betrachten, richtete er den mahnenden Satz: „Auch in unserer brisant politischen Wissenschaft, die verständlicherweise mehr als andere Disziplinen um ihr Ansehen in der Öffentlichkeit bangt, ist es töricht, die Überprüfung unverrückbar scheinender Erkenntnisse zu scheuen, wenn die gesellschaftliche Erfahrung dazu drängt.“⁴

Solche Prüfungsmühe hat er nun, 16 Jahre nach der Verleihung des Titels

¹ Wolfgang Ruge, Nachdenken über Weimar. In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1988, S. 11.

² Ehrenpromotion, a.a.O., S. 4. Einen Überblick über das Schaffen Wolfgang Ruges bietet eine von Friedrich-Martin Balzer herausgegebene CD-ROM. Sie enthält zahlreiche Texte, darunter auch einen über seinen berühmten Ururgroßvater Arnold Ruge, sowie als „Hörbuch“ 15 Sendungen, die von Radio DDR II ausgestrahlt worden sind.

³ Ehrenpromotion, S. 12 f.

⁴ Ebenda, S. 14.

doctor honoris causa, erneut geschultert. Sie betrifft wichtige Stationen seines dreiundzwanzig Jahre währenden Aufenthaltes in einem Land, mit dem er als junger Kommunist zunächst große Hoffnungen verband, in dem er sich jedoch mehr und mehr ins Abseits gestellt sah, nicht nur politisch, sondern auch geistig, fühlte er doch, wie dort die wohlformulierten Grundsätze marxistischer Theorie selbst den Anforderungen allgemeiner Menschlichkeit nicht standhielten. Das Ergebnis seiner Fragen an sich selbst ist hier zu benennen und kann nicht weniger ertragreich geschätzt werden als viele seiner früheren Leistungen, wenn nicht sogar mehr.

Wolfgang Ruge nennt seine Erinnerungen Tatsachenbericht und schlichte Niederschrift; Bescheidenheit war ihm wohl stets eigen. Doch zugleich gestaltet der erzählende und zugleich exakt sezierende Geschichtswissenschaftler eine Bestandsaufnahme umfassender Art. Als „lebenslanger Außenseiter“, wie er sich selbst sieht, richtet er seinen Blick in den Abgrund menschlicher Verhaltensweise und Widersprüche überall auf der Welt. Insofern stehen die drei Ortsangaben im Titel des Buches „Berlin – Moskau – Sossua“ tatsächlich ganz allgemein für Hoffnung und Illusion, für Ernüchterung und Enttäuschung sowie für Erniedrigung und ungerechtfertigte Demütigung.

Ersteres findet der Leser in den einleitenden Abschnitten. Da liest man zunächst von seiner Unbekümmertheit, ja von den uneingeschränkten Hoffnungen, mit denen er Berlin verlässt. Viel hat da der junge Kommunist bereits vor 1933 erlebt und überlegt. Er, der im Epochenjahr 1917 gebo-

ren wurde, aus einer traditionsbehaltenden Familie stammt und entsetzt über die Gebrechen des Kapitalismus diesen überwinden helfen will, wird zunächst „Roter Pionier“, dann folgerichtig Mitglied des deutschen kommunistischen Jugendverbandes. Was er in der deutschen Hauptstadt erfährt und lernt, was seine Ideale wachsen lässt und seine Phantasie anregt, alles steht in engstem Zusammenhang mit dem „Vaterland der Werktätigen“. Moskau – allein diesen Namen versteht er – gleich zahlreichen anderen Arbeitern und Intellektuellen – als Synonym für die notwendige und zugleich erfolgreiche Revolution der ganzen Welt zur Überwindung des Kapitalismus.

Hier kann nicht im einzelnen beschrieben werden, wie steinig und dornig Ruges Weg zwischen 1933 und 1956 gewesen ist; das Buch sollte unbedingt gelesen werden.⁵ Lediglich einige markante Begebenheiten und Erlebnisse seien erwähnt.

Im August 1933 betritt Ruge gemeinsam mit seinem Bruder russischen Boden, wo seine Mutter als Funktionärin der Kommunistischen Internationale arbeitet. Da „überkommt ihn ein unbeschreibliches Gefühl, so wie es religiöse Menschen beim Anblick der Jungfrau Maria empfunden haben mochten“. Doch immer sieht er sich eines Tages nach Deutschland zurückkehren, „gereift

⁵ Wer sich – zum eigenen Schaden – dem nicht unterziehen will, sei auf die ausführlichen Rezensionen aus der Feder von Werner Röhr (junge Welt, 15.09.2003), Kurt Pätzold (Neues Deutschland, 4./5.10.2003), Babette Heusterberg (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.10.2003) und Georg Fülberth (Freitag, 10.10.2003) verwiesen.

und gestählt, um mitzuhelfen, auf den Trümmern des Hitlerreiches ein neues Leben aufzubauen.“ Ihn umfängt bald der Alltag, weit entfernt vom Erwarteten. Und es ist nicht so sehr die Armut, die ihm begegnet, es sind nicht die Schlangen in den Kaufläden – nein, es sind die sich mehrenden Diskrepanzen zwischen Anspruch und Realität, zwischen dem bürokratischen Herrschaftsapparat und den bedenkenlos Unterdrückten, die ihm auffallen und zu denken geben. Nicht ohne Schwierigkeiten kann er seine Ausbildung betreiben; er wird Kartograph und erwirbt an einer Abendschule die Hochschulreife. An der Universität der nationalen Minderheiten verdient er seinen Lebensunterhalt mit dem Zeichnen historischer Karten und beginnt im Herbst 1940 am Tschernyschewski-Institut ein Fernstudium im Fach Geschichte. Als der Krieg hereinbricht, von dem Ruge sagt, er habe „sein ganzes Leben durcheinander gebracht“, wird erneut eine Hoffnung zerstört, und er muss feststellen, wie sehr sich bereits russischer Nationalismus über den proletarischen Internationalismus erhoben hat: Obgleich er 1936 die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, sieht er sich nun als „Deutschländer“ behandelt. Statt, wie gewünscht, einberufen zu werden, trifft ihn und seine Frau Feindseligkeit: „Manche Leute glauben, ihre plötzlich entflammte Deutschfeindlichkeit zur Schau stellen zu müssen.“ Im Wehrkreiskommando, wo er sich sofort zu melden hat, hängt zwar die Losung „Jeder wird gebraucht!“, doch er erlebt das krasse Gegenteil. Mit seinem Ausweis, dessen Rubrik Nationalität ihn als Deutschen aus-

weist, darf er sich während der Bombardierung Moskaus nicht einmal an Luftschutz beteiligen. Schließlich erreicht ihn am 2. September 1941 der Deportationsbefehl. Einige Monate muss er in einer namenlosen kasachischen Siedlung darben und schuften, zusammen mit ehemaligen wolgadeutschen Bauern, die als Kulaken schon 1931 dorthin zwangsdeportiert worden waren. Aber auch hier soll er nicht geduldet werden. Anfang 1942 findet er sich – getrennt von seiner Ehefrau – als „Arbeitsmobilisierter“ im „Lagpunkt 239“ des Gulags im Norduralgebiet wieder, und das unter Sträflingen und Verbrechern, die vor allem Holz aus den sibirischen Wäldern zu gewinnen haben und qualvollem Sterben ausgeliefert sind.

Ruge erzählt in vielen Episoden vom elenden Dasein unter strenger militärischer Bewachung, von Hunger und Kälte, von Strafen und seiner „Arbeit“ als Holzfäller, Barackenwart, Saunaheliker, Bastschuhflechter, Gleisbauer, Heuschneider u.a.m. Er übersteht einen schweren Unfall und Krankheiten, getrieben vom Willen zur Selbstbehauptung. Dies verdankt er nicht zuletzt seiner Jugend und seiner Fähigkeit zur Anpassung. Ebenso spielten in entscheidenden Situationen immer wieder auch glückliche Zufälle eine Rolle. Vor allem treibt ihn der Gedanke, den Mann mit dem Schnauzbart, Stalin, überleben zu wollen, der ihm mehr und mehr als Inkarnation allen Übels erscheint. Zugleich analysiert er selbst erlebte Mechanismen und Funktionsweisen der „Unterführer“, die ein eigenes hierarchisches Herrschaftssystem schufen, Misstrauen säten sowie Spitzeltätigkeit und Denunziation erzwangen.

Erst 1944 beginnen sich die furchtbaren Verhältnisse langsam zu bessern. Die „Lebensgeister“ kehren zurück. Offiziell wird nun weniger von Sträflingen gesprochen, doch Ruge bleibt ein Verbannter, auch als er nach dem Krieg in Sosswa landet. Lange elf Jahre hat er hier zu verbringen, 1948 dekretiert der Oberste Sowjet sogar, dass er für alle Zeiten dort bleiben soll und sich lediglich im Umkreis von sieben Kilometern bewegen darf. Verletzt er diese Bestimmung, droht als Strafe zwanzigjährige Zwangsarbeit. Dennoch gelingt es ihm auf abenteuerliche Art und Weise, ein Fernstudium an der Universität Swerdlowsk zu absolvieren, in einer Stadt, die zu betreten ihm strengstens verboten ist. Generell seiner Perspektive beraubt, kann er bald nur noch denken: In dieser Sowjetunion ist die „Verwirklichung humanistischer Prinzipien, die der sozialistischen Idee zugrunde liegen, unmöglich“. Zwar keimen nach dem Tod Stalins neue Hoffnungen auf, nun gemeinsam mit seiner Frau Taja, die er 1954 geheiratet hat, nach Deutschland gelangen zu können. Doch es vergeht noch eine lange Zeit voller bürokratischer Hemmnisse. 1956 kehrt er wieder nach Berlin zurück.

Den Band beschließt der Abschnitt „Nach dreiundzwanzig Jahren wieder in Berlin“. Seine Rückkehr erfolgt in die DDR, selbstverständlich. Etwas anderes gab es für ihn nicht. Neue Hoffnungen, vielleicht erwachsen aus Alternativlosigkeit? Ja, möchte ich sagen, und dies „trotz alledem“. Wenn demgegenüber Fritz Klein dem Erinnerungsbuch Ruges vorwirft, die sich aufdrängende Frage nach dem Verhältnis zwischen dem dargestellten

Lebensabschnitt und seinem dann folgenden, mehr als 30 Jahre währendem Wirken in der DDR unbeantwortet zu lassen⁶, berührt das auch, wenngleich in ganz anderer Hinsicht, Probleme meiner Laudatio auf Ruge aus dem Jahre 1987, auf die ich eingangs verwies. Denn da blieb der jetzt ausführlich dargestellte Lebensabschnitt keineswegs unerwähnt.⁷ Den eigenen Angaben Ruges fol-

⁶ Wolfgang Ruge erinnert sich an seine Exiljahre in Russland. In: DIE ZEIT, Nr. 40 vom 25. September 2003, 58. Jg., Literaturbeilage, S. 29.

⁷ „Wie so viele andere war nach dem 30. Januar 1933 für seine Familie und ihn kein Bleiben in Deutschland. Von Ende 1933 bis 1956 lebte er in der Sowjetunion, die ihm 1936 ihre Staatsbürgerschaft verlieh. Von 1934 bis 1941 war er als Zeichenlehrer, Zeichner und Kartograph in Moskau tätig. Nach dem Erwerb des Abiturs begann er 1940 ein Fernstudium an der Historischen sowie an der Literarischen Fakultät dem Moskauer Tschernyschewski-Instituts für Philosophie, Literatur und Geschichte. Mit dem faschistischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR trat auch der junge Deutsche Wolfgang Ruge in eine schwere Zeit ein, verständlicherweise. Sie sah ihn als Landarbeiter in Kasachstan, als Holzfäller und Forstarbeiter in westsibirischen Gebieten, als Techniker und als Ingenieur beim Eisenbahnbau, seit 1951 als Oberingenieur im Projektierungsbüro des Forstbetriebes Nr. 239 im Uralgebiet. Von 1947 bis 1948 absolvierte er an der Historisch-Philosophischen Lenin-Universität Swerdlowsk ein Fernstudium, das er erfolgreich als Diplomhistoriker mit einer Arbeit über den Schwarzmeerhandel Venedigs und Genuas im 13. und 14. Jahrhundert abschließen konnte. Mit einem Zertifikat als Übersetzer für Englisch-Russisch beendete er 1950 ein Fernstudium am Moskauer Fremdsprachen-Institut.“ Ehrenpromotion, S. 9; siehe auch die von Balzer herausgegebene CD-ROM, die auch alle anderen von Ruge in Jena gehaltenen Vorträge enthält.

gend, enthielt sie Daten, Namen, Arbeitsfelder. Indessen klingt alles, lese ich es heute, allzu nüchtern und trocken, in gewisser Weise auch fern von Betroffenheit über ein recht ungewöhnliches individuelles Schicksal. Sicher, vom Erlebten wurde zu wenig und wohl auch beschönigend erzählt, wichtiger aber scheint mir die Feststellung zu sein, dass zu wenig, ja viel zu wenig danach gefragt worden ist. Wie, so wäre auch zu untersuchen, war (und ist!) es möglich, dass Worte zwar Tatsachen wiedergeben, zumindest andeuten und dennoch die harte Wirklichkeit verbergen und verschleiern? Es handelte sich wohl kaum um reine Unwissenheit, eher um ein Ergebnis von Bindungen und Voreingenommenheiten, um das Resultat eingefahrener Denkstrukturen⁸ sowie schließlich um eine poli-

tisch-parteiisch gewollte Verdrängung. Allem liegt das „törichte“ Scheuen der Mühe zugrunde, unverrückbar erscheinende Tatsachen bezweifeln zu wollen und kritischer Befragung zu unterziehen.

Wolfgang Ruge forderte solches bereits in seiner Jenaer Rede „Nachdenken über Weimar“, von der eingangs gesprochen wurde. Er unterzog sich solcher Mühe 1991 mit dem Blick auf die gesellschaftlichen Wurzeln, als er sein außerordentlich lesenswertes Buch „Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte“ veröffentlichte. Nunmehr hat er sich seinem persönlichen Betroffensein in den „grauenvollen und unverdienten“ sowjetischen Jahren (S. 731) zugewandt – wie gewohnt: gediegen und akribisch, nicht ohne eine gewisse Spur von Humor und altersweiser Menschlichkeit. In seine Erinnerungen ist zweifellos das Wissen um „mehrere Leben“ eingeflossen, und auch dies sollte Anlass bieten, immer und immer wieder Antworten auf die Fragen nach den Ursachen jener Zustände und ihnen adäquater Verhaltensweisen zu suchen.

Manfred Weißbecker

⁸ Auch von ihnen sprach Wolfgang Ruge 1997 während einer Konferenz des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.: „Ein Historiker, dessen Leben zur Neige geht, sieht sich zu einem doppelten Rückblick herausgefordert. Erstens, zu einer – letztmaligen – Betrachtung der Zeit, über die er geforscht hat, deren Pulsschlag und Atmosphäre er sich anhand unterschiedlich zu bewertender Quellen, aber auch unter Zuhilfenahme seiner Phantasie auszumalen bemüht war; ist doch Vorstellungsgabe bei Vorstößen ins Unbekannte und bei der Darstellung des Erkannten unverzichtbar. Zweitens, zu einem Rückblick auf sein eigenes Wirken zur Aufhellung der Vergangenheit, eines Wirkens, das von seiner Einstellung zur jeweiligen Gegenwart und von seinem Engagement in ihr geprägt war. Denn es ist ja, auch wenn Gegenteiliges behauptet wird, nicht so, dass der Geschichtswissenschaftler, ein ins gesellschaftliche Getriebe eingreifender Mensch, sich gänzlich von seinen weltanschaulichen, politischen, sozialen und kulturellen Bindungen lösen könnte, um schlicht zu berichten, ‚wie es eigentlich gewesen ist‘.

So schließt dieser zweite Rückblick auch eine kritische Wertung der eigenen Bindungen und Voreingenommenheiten ein, insbesondere der Denkmuster, die zunehmend mit der Realität in Kollision gerieten und nach dem Zusammenbruch dessen, was wir halb entschuldigend Realsozialismus genannt haben, einer grundsätzlichen Überprüfung bedürfen.“ (Wolfgang Ruge, Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs. In: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Hrsg. vom Thüringer Forum für Wissenschaft und Bildung e.V., Jena 1997, S. 6.)